

>>> IMPULSE FÜR DEN UMGANG MIT RECHTSPOPULISMUS IM KIRCHLICHEN RAUM

Gott hat uns nicht gegeben den Geist
der Furcht, sondern der Kraft, der
Liebe und der Besonnenheit. (2 Timotheus 1,7)

mail: fluechtlingsarbeit@laurentius-dresden.de
web: fluechtlingsarbeit.laurentius-dresden.de

Laurentius
Kirchengemeinde in Dresden

HERAUSGEBER*INNEN: Bundesarbeitsgemeinschaft Kirche & Rechtsextremismus (BAG K+R), Bund der Deutschen Katholischen Jugend (BDKJ), Bund der Deutschen Katholischen Jugend (BDKJ) – Diözesanverband Mainz, Evangelische Akademie zu Berlin, Aktion Sühnezeichen Friedensdienste, Projekt „Kirche stärkt Demokratie“ der der EKN, Projektstelle gegen Rechtsextremismus im Evangelischen Bildungs- und Tagungszentrum Bad Alexandersbad

INHALT:

VORWORT	SEITE 3
GEWALT UND AGITATION GEGEN GEFLÜCHTETE – DER ERFOLG NATIONALISTISCHER BEWEGUNGEN IN DEUTSCHLAND. EINE MOMENTAUFNAHME	SEITE 5
„GOTT HAT UNS NICHT GEGEBEN DEN GEIST DER FURCHT, SONDERN DER KRAFT DER LIEBE UND DER BESONNENHEIT.“ – ZUM UMGANG MIT RECHTSPOPULIST*INNEN IN DER GEMEINDE	SEITE 16
RAHMENBEDINGUNGEN FÜR GELINGENDE KOMMUNIKATION – ERFAHRUNGEN AUS DER BERATUNGS- UND GEMEINDEPRAXIS	SEITE 24
LITERATUREMPFEHLUNGEN	SEITE 31
FÜR BERATUNG UND BEGLEITUNG EMPFOHLENE INSTITUTIONEN	SEITE 32

VORWORT

Diese Handreichung kann Ihnen keine vorgefertigten Lösungen und Checklisten präsentieren. Den Herausgebenden ging es vielmehr darum, Hintergrundinformationen zu Rechtspopulismus¹, neurechten Bewegungen und Akteuren zur Verfügung zu stellen und Impulse für eine gelingende Auseinandersetzung damit im kirchlichen Raum zu geben.

Entscheidend ist es dabei, eine eigene Haltung zu den aktuellen gesellschaftlichen Entwicklungen und im Umgang mit populistisch vereinfachenden Haltungen und rassistischen Vorurteilen zu gewinnen. Als Christ*innen können wir uns hier auf die Botschaft des Evangeliums und das Wirken Jesu berufen, wie auch auf die Heilige Schrift im Ganzen, die die Geschichte des Volkes Israel mit einschließt und so reichhaltige Impulse zum Umgang mit Gewalt, Vereinfachungen und produktiver Mehrdeutigkeit bereit hält.

Wir sind als Christ*innen und Kirche dazu aufgerufen, die Botschaft des Evangeliums in unserem Leben wirksam werden zu lassen. Wenn wir mit betroffenen Personen das persönliche Gespräch suchen, sollte es darum gehen, Anknüpfungspunkte und Resonanzfelder für die biblische Botschaft der Nächstenliebe zu finden, die jedem Menschen gilt, ungeachtet seiner Herkunft. Zugleich muss deutlich werden, dass eine Ideologie der Ungleichwertigkeit in keiner Weise mit dem Evangelium zu vereinbaren ist.

Dennoch ergibt sich natürlich eine produktive Kommunikation nicht einfach durch eine Lektüre der Bibel, ebenso wenig wie allein durch das Wissen um bestimmte Kommunikationsmechanismen und Hintergründe rechtspopulistischer Bilder und Strategien. Diese Illusion wollen wir mit dieser Handreichung nicht wecken. Vielmehr wollen wir zu Mut bei gleichzeitigem Realismus, zu Selbstbewusstsein und gleichzeitiger Suchbewegung, zu Grenzziehung und Offenheit inspirieren. Für solche Inspiration haben wir hier Hintergründe zu rechtspopulistischen Gedankenwelten, biblisch-theologische Zugänge und Hinweise für Kommunikationsstrategien versammelt. Wir sind neugierig, welche Erfahrungen Sie machen oder gemacht haben, und freuen uns auf Rückmeldungen.

¹ Vgl. hierzu den Infokasten auf der folgenden Seite.

Unter Rechtspopulismus versteht man eine politische Strategie, die autoritäre Vorstellungen vertritt und verbreitete rassistische bzw. ethno-pluralistische ausnutzt und verstärkt. Als Kern des Rechtspopulismus bezeichnen Politikwissenschaftler vier Grundprinzipien: (1) die Konstruktion einer WIR-Identität auf Grundlage rassistischer oder kulturell rassistischer Vorurteile, (2) deren aggressive Abgrenzung (der „kleine Mann“ oder „das Volk“) gegenüber oben („das Establishment“, „die da oben“) und außen („die Muslime“, „die Fremden“), (3) Autoritarismus und der positive Bezug auf Führungsfiguren, sowie (4) eine Bewegungspolitik, die Parteien und repräsentative Demokratie als Mittel zur Durchsetzung des eigenen Machtanspruches versteht. (vgl. dazu insbesondere: Prof. Jan-Werner Müller, Princeton University, sowie Prof. Dr. Tim Spier, Universität Siegen, vgl. auch: <http://www.bpb.de/mediathek/182449/potential-fuer-rechtspopulistische-parteien> [aufgef.: 11.9.2016])

Als ihre Feinde machen rechtspopulistische Akteure aktuell Regierungsapparate, Konzerne, demokratische Parteien oder Lobbyverbände aus (Agression nach Oben) sowie soziale, ethnische oder religiöse Minderheiten, wie Muslime, Asylsuchende und Migrant*innen, LSBTQ, Juden, etc. (Agression nach außen). Soziale Missstände und Kriminalität werden in rechtspopulistischen Denkfiguren durch rassistische oder kulturelle Besonderheiten erklärt. In vielen europäischen Staaten und Nordamerika sind rechtspopulistische Bewegungen derzeit sehr erfolgreich. (vgl. dazu auch Glossar der Bundeszentrale für politische Bildung; im Internet unter:

<http://www.bpb.de/politik/extremismus/rechtsextremismus/173908/glossar?p=51> [aufgef.: 11.9.2016])



GEWALT UND AGITATION GEGEN GEFLÜCHTETE – DER ERFOLG NATIONALISTISCHER BEWEGUNGEN IN DEUTSCHLAND. EINE MOMENTAUFNAHME

Deutschland erlebt derzeit die heftigste rassistische Gewaltwelle seit zwanzig Jahren. Angefeuert wird diese durch eine restrukturierte neu-rechte Bewegung. Sie verbindet rassistisch-völkische Vorstellungen mit antidemokratischer Agitation. Diese Bewegung gewinnt an Stärke durch den Umstand, dass sie nicht neonazistisch dominiert ist und punktuell an Stimmungen in der Bevölkerung anknüpft. Dabei gibt es auch Sympathisant*innen unter Christ*innen. Auch Kirchengemeinden und Leitungsgremien werden spätestens nach den Wahlerfolgen der AfD überlegen müssen, wie sie mit den Funktionsträger*innen und Wähler*innen der rechtspopulistischen Partei umgehen wollen. Diese hoffen zum Teil, in Kirchen auf Rückhalt und Zustimmung zu stoßen, wie eine Analyse im Auftrag der Konrad-Adenauer-Stiftung zeigt: „Zu den Themen, bei denen rechte Strömungen Zuspruch unter Christen suchen, zählen vor allem Familie, Homosexualität, Angst vor Überfremdung und vor dem Islam, Verlust der christlichen Identität. Hier kommt es immer wieder zu unvermuteten Bündnissen und Aktionen, die man kennen sollte, um ihnen argumentativ begegnen zu können.“²

² Konrad-Adenauer-Stiftung (Hrsg.): „Unheilige Allianzen – Radikalisierungstendenzen am rechten Rand der Kirchen“. Erschienen in der Reihe „Monitor Religion und Politik“, Berlin 2015, S.4. Die Studie ist derzeit bei der KAS online nicht mehr abrufbar, liegt den Verfasser*innen jedoch vor.

1. DIE ENTSTEHUNG DER AKTUELLEN NATIONALISTISCHEN UND RASSISTISCHEN BEWEGUNG

Der öffentlich wahrnehmbare Ausgangspunkt der derzeitigen rassistischen Bewegung lag bei den sächsischen Pegida-Veranstaltungen ab Oktober 2014, die zwischenzeitlich Nachahmer in weiteren ost-deutschen Bundesländern und im Westen der Bundesrepublik gefunden hatten. Sie manifestiert sich aber auch in einer Vielzahl kleinerer Veranstaltungen: Demonstrationen vor und Blockaden von Flüchtlingsheimen, Flashmobs, auf Bürgersteige gesprühte Parolen, vermeintlich „künstlerische“ Aktionen. Viele davon werden nur lokal beworben und kommen innerhalb weniger Stunden zustande, ohne dass überregionale Medien darüber berichten. Einige Beispiele: Anfang Oktober 2015 verbreitete sich im Chemnitzer Stadtteil Einsiedel die Nachricht, dass dort kurzfristig eine Flüchtlingsunterkunft eingerichtet werden und noch am gleichen Tag mit mehreren hundert Personen belegt werden solle. Scheinbar spontan versammelten sich Hunderte Personen, die die Straße blockierten und teils mit Traktoren und Autos den Weg versperrten. Dies geschah, während gleichzeitig in Dresden der wöchentliche „Spaziergang“ von Pegida stattfand.³ In der zweiten Oktoberwoche versammelte sich in Kretzschau (Sachsen-Anhalt) eine Gruppe von 200 Personen vor einer Flüchtlingsunterkunft. Im Chor skandierte sie: „BRD: Judenstaat – wir haben

dich zum Kotzen satt.“⁴ In Plauen, einer Stadt im sächsischen Vogtland mit 64.000 Einwohnern, fanden im Herbst 2015 wiederholt Veranstaltungen unter dem Motto „Wir sind Deutschland“ statt, an denen bis zu 4000 Menschen teilnahmen. Der Karlsruher Pegida-Ableger „Kargida“ feierte sich Ende Februar 2016 dafür, dass er seit einem Jahr immer wieder zu Kundgebungen und Demonstrationen aufgerufen hatte.⁵ In Nordrhein-Westfalen gab es zwischenzeitlich in mehreren größeren Städten Pegida-Ableger, wie „Dügida“ in Düsseldorf, „Duigida“ in Duisburg, „Kögida“ in Köln und „Bogida“ in Bochum. Initiatorin war dort die aus der Neonaziszene stammende Melanie Dittmer.⁶

Solche Veranstaltungen sind nur das sichtbarste Zeichen für ein stark verändertes Klima im Land. Exemplarisch schildern dies Mitarbeitende zivilgesellschaftlicher Projekte aus dem Feld der Rechtsextremismusprävention, die in den letzten Monaten an Bürger*innenversammlungen in Ostdeutschland teilnahmen und dort die Politik der Unterstützung von Flüchtlingen verteidigten. Sie berichten, dass sie „gegen eine Wand aus Rassismus und Ablehnung“ anredeten: „Die Stimmung ist sehr aggressiv.“ Zu sagen, sie sei nur „gekippt“, beschreibe die Lage nicht mehr angemessen. Die Ablehnung von Geflüchteten verbinde sich mit einer Ablehnung demokratischer Institutionen und von Mehrheitsentscheidungen insgesamt. Mindestens 25 Prozent der Bevölkerung in Ostdeutschland seien auf absehbare Zeit „verloren“.⁷ Die Stimmung in der Bevölkerung hat sich auch im Jahr 2016

weiter verschärft. Bereits im Oktober 2015 kam eine Umfrage des Instituts für Demoskopie Allensbach zu folgendem ernüchternden Ergebnis: „57 Prozent der Bürger haben den Eindruck, dass die Politik, gleich welcher Couleur, völlig ratlos ist, wie sie mit der Flüchtlingssituation umgehen soll. Jeder Zweite unterstellt der Politik auch Realitätsverlust. Knapp die Hälfte der Bevölkerung wirft der Politik vor, sie denke zu wenig an die Interessen der deutschen Bevölkerung.“⁸

Um es auf den Punkt zu bringen: In Deutschland hat sich eine nationalistisch-rassistische Bewegung gebildet, die kein Randphänomen mehr ist, sondern in weiten Teilen der Gesellschaft Fuß gefasst hat. Die Aufgabe ist heute nicht mehr, einen „rechten Rand“ für die Demokratie zurückzugewinnen, sondern – vor allem in Ostdeutschland – die Demokratie insgesamt zu bewahren. Der aktuelle Jahresbericht der Bundesregierung zum Stand der Deutschen Einheit erachtet „Rechtsextremismus in all seinen Spielarten [als] ernsthafte Bedrohung für die gesellschaftliche und wirtschaftliche Entwicklung“ in Ostdeutschland.⁹ Die Bundesregierung spricht in ihrem Bericht von „besorgniserregenden Entwicklungen“, die das Potenzial hätten, „den gesellschaftlichen Frieden in Ostdeutschland zu gefährden.“¹⁰ Verwiesen wird auf Statistiken, wonach in Ostdeutschland seit vielen Jahren im Verhältnis zur Einwohnerzahl eine besondere Häufung fremdenfeindlicher und rechtsextremer Übergriffe zu verzeichnen sei.¹¹ Die im Verfassungsschutzbericht für das Jahr 2015 dokumentierten, rechtsextrem motivierten Gewalttaten liegen, bezogen auf eine

Million Einwohner, in Mecklenburg-Vorpommern (58,7), Brandenburg (51,9), Sachsen (49,6), Sachsen-Anhalt (42,6), Berlin (37,9) und Thüringen (33,9) deutlich über dem westdeutschen Mittel (10,5).¹²

³ Vgl.: <http://www.bild.de/regional/chemnitz/fluechtlingskrise/asylgegner-blockieren-zufahrt-nach-einsiedel-42900312.bild.html> [aufgef.: 31.8.2016]

⁴ Bericht eines Augenzeugen gegenüber den Autoren.

⁵ <http://www.ka-news.de/region/karlsruhe/Karlsruhe~/Wirrwarr-um-neue-Demo-Werst-Karlsruhe-wehrt-sich;art6066,1834320> [aufgef.: 31.8.2016]

⁶ <http://www.spiegel.de/panorama/gesellschaft/bogida-initiatorin-dittmer-mit-brauner-vergangenheit-a-1009832.html> [aufgef.: 31.8.2016]

⁷ Diese Einschätzung basiert auf einer Reihe von Gesprächen, die die Autoren sowohl im Herbst 2015 als auch im Januar 2016 mit Mitarbeitenden mehrerer Initiativen führten, die sich der Bekämpfung von Rechtsextremismus widmen.

⁸ <http://www.faz.net/aktuell/politik/fluechtlingskrise/zweifel-an-loesung-der-fluechtlingskrise-durch-die-politik-13866897.html> [aufgef.: 31.8.2016]

⁹ Die Beauftragte der Bundesregierung für die Neuen Ländern, Iris Gleicke, bei der Vorstellung des Jahresberichtes der Bundesregierung zum Stand der Deutschen Einheit. Zitiert nach tagesschau.de; im Internet unter: <http://www.beauftragte-neue-laender.de/BNL/Redaktion/DE/Pressemitteilungen/2016/2016-09-21-gleicke-jahresbericht.html;jsessionid=2BF1B2253AA5E13BABB8FA9CB9BFB78> [aufgef.: 22.9.2016]

¹⁰ Ebd.

¹¹ Jahresbericht der Bundesregierung zum Stand der Deutschen Einheit 2016, S. 10 f.; im Internet unter: http://www.beauftragte-neue-laender.de/BNL/Redaktion/DE/Downloads/Publikationen/Berichte/jahresbericht_de_2016.html [aufgef.: 22.9.2016]

¹² Ebd.

2. GEWALTPROPAGANDA UND HYSTERIE IN RECHTS-POPULISTISCHEN MEDIEN

Seit Jahren war der Tonfall in rechtspopulistischen Medien nicht so scharf wie in diesen Tagen. Die Radikalisierung in Inhalt und Sprache ist bereits seit August 2015 zu beobachten und verstärkt sich zunehmend. Das Schlagwort, unter dem die Zuwanderung Geflüchteter dieser Tage in wichtigen rechtspopulistischen Medien verhandelt wird, lautet „Invasion“. Diese Sprache des Krieges schreibt Gewalt herbei. Insbesondere seit Beginn der verstärkten Aufnahme geflüchteter und Asyl suchender Menschen im Sommer 2015 ist eine weitere Eskalation der Rhetorik in Netzforen und bei Demonstrationen und Wahlkämpfen zu verzeichnen.

Es werden Konzepte für Bürgerwehren diskutiert und teilweise auch umgesetzt. Es wird offen zu Sitzblockaden vor geplanten Flüchtlingsunterkünften aufgerufen. Es wird davon gesprochen, wir befänden uns in einem „Vorbürgerkrieg“ und sogar behauptet, die Zeit für eine Inanspruchnahme des im Grundgesetz verankerten „Widerstandsrechts“ sei gekommen. Dort heißt es in Artikel 20 Absatz 4: „Gegen jeden, der es unternimmt, diese [freiheitlich-demokratische; d.V.] Ordnung zu beseitigen, haben alle Deutschen das Recht zum Widerstand, wenn andere Abhilfe nicht möglich ist.“ Die zentralen Thesen der verschiedenen rechten Stichwortgeber hinter diesen Forderungen lauten: Die biologische oder kulturelle „Substanz“ des deutschen Volkes sei gefährdet, eine „Islamisierung“ Europas finde statt, und



Plakat bei einer Pegida-Demonstration 2015 in Dresden; Bildnachweis: Kulturbüro Sachsen e.V

die „Masseneinwanderung“ werde systematisch herbeigeführt, um das deutsche Volk „internationalen Kapitalinteressen“ auszuliefern.

Der rechte Publizist Martin Lichtmesz schrieb am 8. September 2015 auf sezession.de über Freiwillige, die Geflüchtete ehrenamtlich unterstützen: „Ich sehe in ihnen gehirngewaschene, verhetzte, verblendete Kinder, die den Invasoren die Tore aufmachen, und glauben, sie würden verschont und die Party würde ewig weitergehen. Ich sehe in den jungen Frauen die sexuelle Beute der siegreichen Krieger, in einem Land, das freiwillig die Beine für die Barbaren breitmacht [...]“¹³

Einen noch drastischeren Text veröffentlichte der Publizist Jürgen Elsässer, Herausgeber der rechtspopulistischen Zeitschrift Compact Magazin, am 13. September 2015. In einem auf seinem Blog veröffentlichten Beitrag mit dem Titel „Aufruf an unsere Soldaten: Sichert die deutschen Grenzen!“ heißt es: „Die Entscheidung der Bundeskanzlerin zur Grenzöffnung ist Hochverrat. [...] In einer Situation, wo von der Staatsspitze selbst Gefahr für dieses Volk und seine Freiheit ausgeht, seid Ihr nicht mehr an Befehle dieser Staatsspitze gebunden. [...] In dieser Situation kommt es auf Euch an, Soldaten der Bundeswehr: Erfüllt Euren Schwur und schützt das deutsche Volk und die freiheitliche Ordnung! Besetzt die Grenzstationen, vor allem die Grenzbahnhöfe, und schließt alle möglichen Übergänge vor allem von Süden. [...] Nur Ihr habt jetzt noch die Machtmittel, die von der Kanzlerin befohlene Selbsterstörung zu stoppen.“¹⁴

¹³ <http://www.sezession.de/51382/empathie-und-pathologischer-altruismus.html/4> [aufgef.: 31.8.2016]

¹⁴ <https://juergenelsaesser.wordpress.com/2015/09/13/aufruf-an-unsere-soldaten-sichert-die-deutschen-grenzen/> [aufgef.: 31.8.2016]

3. DIE GRÖSSTE RASSISTISCHE GEWALTWELLE SEIT ANFANG DER 1990-ER JAHRE

Die Zahl der Übergriffe auf Geflüchtete und deren Unterkünfte steigt seit 2014 drastisch. Das Bundeskriminalamt (BKA) zählte 2015 über 1000 Attacken auf Flüchtlingsunterkünfte. Brandanschläge auf Ge-

flüchtete, deren Unterkünfte und Helfende häufen sich, und es grenzt an ein Wunder, dass noch keine Todesopfer zu beklagen sind. Nach Angaben des nordrhein-westfälischen Innenministeriums ist während des zurückliegenden Jahres die Zahl der Angriffe auf Flüchtlingsunterkünfte in dem Bundesland auf das Achtfache gestiegen.¹⁵ Bundesweit fanden nach Recherchen der Amadeu Antonio Stiftung im Jahr 2015 insgesamt 529 Angriffe auf Asylunterkünfte statt, davon 126 Brandanschläge. Im gleichen Jahr wurden 150 tätliche Angriffe auf Asylsuchende und Geflüchtete mit 245 Betroffenen gezählt.¹⁶ Momentan wird in der Bundesrepublik durchschnittlich an jedem zweiten Tag ein Brandanschlag verübt. Während über diese hochgefährliche Situation in den Medien längst nicht mehr auf Titelseiten und in Spitzennachrichten berichtet wird, fanden im ersten Halbjahr 2016 bereits weitere 90 Brandanschläge statt.¹⁷ Aufgeklärt werden solche Angriffe und Brandanschläge nur in seltenen Fällen. Das dürfte nicht nur in einer Überlastung der Polizei begründet sein. Auch wenn es dafür kaum harte Belege gibt, so steht zu vermuten, dass dies auch einen weiteren Grund hat: Ein Großteil der Taten wird nicht von bei der Polizei einschlägig bekannten Neonazis begangen, sondern von bislang unauffälligen Ersttätern. Gewalt und Drohungen richten sich zudem immer mehr gegen Unterstützer*innen der Flüchtlinge: Landrät*innen, Bürgermeister*innen, Haupt- und Ehrenamtliche in der Flüchtlingshilfe, Kirchengemeinden. Kirche sowie Caritas und Diakonie müssen damit rechnen, dass ihre Mitarbeitenden vor allem in Ostdeutschland, aber zunehmend auch im Westen, noch

stärker Anfeindungen und Angriffen ausgesetzt sein werden, als dies ohnehin schon der Fall ist.

¹⁵ <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/nrw-uebergrieffe-auf-fluechtlingsheimen-haben-sich-verachtacht-a-1073987.html> [aufgef.: 31.8.2016]

¹⁶ [https://mut-gegen-rechte-gewalt.de/service/chronik-vorfaelle?field_date_value\[value\]\[year\]=2015](https://mut-gegen-rechte-gewalt.de/service/chronik-vorfaelle?field_date_value[value][year]=2015) [aufgef.: 31.8.2016]

¹⁷ [https://mut-gegen-rechte-gewalt.de/service/chronik-vorfaelle?field_date_value\[value\]\[year\]=2016](https://mut-gegen-rechte-gewalt.de/service/chronik-vorfaelle?field_date_value[value][year]=2016) [aufgef.: 31.8.2016]

4. STARK, WEIL NICHT OFFEN NEONAZISTISCH

Die Diskurshoheit innerhalb der nationalistisch-rassistischen Bewegung liegt bei Akteuren aus dem rechtspopulistischen Milieu der Neuen Rechten:¹⁸ beim so genannten Institut für Staatspolitik¹⁹, der Ein-Prozent-Bewegung²⁰, der Identitären Bewegung²¹, dem Blog Politically Incorrect²², bei den Zeitschriften Junge Freiheit, Compact Magazin²³, Sezession²⁴ und Blaue Narzisse²⁵ sowie Veröffentlichungen aus dem Kopp Verlag. Die letztgenannten Medien sind weiten Teilen der Öffentlichkeit kaum bekannt. Innerhalb eines sich immer menschenfeindlicher gebenden Teiles der Bevölkerung und in den Echoräumen der digitalen sozialen Netzwerke erreichen sie aber eine große Wirkung. Die NPD und andere Neonazis spielen, obwohl spürbar präsent, in dieser Gegenöffentlichkeit²⁶ keine steuernde Rolle. Die wichtigsten Stichwortgeber der Bewegung sind ideologisch inhomogen. Einig sind sie sich aber darin, dass

Neonazismus abgelehnt und Gewaltfreiheit zumindest rhetorisch befürwortet werden und dass sie sich auf Grundgesetz sowie Demokratie verbal positiv beziehen. Es muss aber betont werden, dass sie dennoch wesentliche Grundrechte ablehnen, antidemokratische Ressentiments verbreiten und allgemein den Hass auf gesellschaftliche Eliten schüren. Manche Akteure demokratischer Parteien und Teile der Bevölkerung nehmen aktuell solche populistischen Argumente einer lauten, rechten Minderheit auf. Gefordert werden etwa ein Stopp oder eine Obergrenze für Zuzug, die aber mit dem Völkerrecht und der Genfer Flüchtlingskonvention ebenso wenig vereinbar sind wie mit dem Grundrecht auf Asyl. Wenn der Bau von Moscheen pauschal abgelehnt wird, widerspricht das dem Grundrecht auf Religionsfreiheit. Wenn hasserfüllte Begriffe wie „Volksverräter“, „Deutschlandvernichter“ oder „Berliner Diktatoren“ massenhaft in sozialen Medien verbreitet werden, radikalisiert das erheblich mehr Menschen, als bisher in rechtsextremen Szenen aktiv waren. Wesentliche Inhalte und Merkmale der neurechten Agitation sind Feindlichkeit gegenüber Muslimen und Fremden bzw. Rassismus. Ablehnt werden auch homosexuelle Lebensentwürfe und eine grundsätzliche Gleichstellung der Geschlechter, die im Prinzip des Gender Mainstreaming angelegt ist. All das zeigt, dass neurechte Ideologien sich an einer völkisch-nationalistischen Heteronormativität orientieren – die freilich auch in reaktionären christlichen Milieus Anhänger*innen findet.²⁷ Zum Ausdruck kommt eine Haltung, die das bestehende politische System mit seiner Legitimation durch Aushandlung und Verfahren sowie der Wahl

repräsentativer Volksvertretungen ablehnt und stattdessen die Durchsetzung eines imaginierten Volkswillens propagiert. Eine solche Denkweise hat schon Theodor W. Adorno in seinen 1973 erschienenen „Studien zum autoritären Charakter“ als brandgefährlich beschrieben. Im Unterschied zu NPD und anderen Neonazis machen die Aktivisten der neuen Rechten nicht den Fehler, sich durch martialische Optik im Auftreten, NS-Nostalgie und Vergangenheitsbezogenheit gesellschaftlich unmöglich zu machen. Sie setzen stattdessen auf zeitgemäße Agitationsformen. Die neue Rechte erreicht durch den Umstand, dass sie nicht neonazistisch ist und sich als außerparlamentarische Bewegung mit entsprechenden Aktionsformen versteht, auch in der gesellschaftlichen Mitte – vor allem in Ostdeutschland – Zustimmung. Parlamentarisch findet sie in Teilen der Partei Alternative für Deutschland (AfD) ein politisches Sprachrohr, das von der aufgeladenen Stimmung profitiert und trotz innerparteilicher Differenzen hohe Wahlgewinne erzielen kann. Den intellektuellen Stichwortgebern der Neuen Rechten nahe stehen insbesondere die „Patriotische Plattform“, die 2014 am Sitz des „Instituts für Staatspolitik“ gegründet wurde und AfD-Mitgliedern offen steht, sowie die Gruppierung „Der Flügel“ um die ostdeutschen Landesvorsitzenden Björn Höcke (Thüringen), André Poggenburg (Sachsen-Anhalt) und Alexander Gauland (Brandenburg). Auf sie gehen die von 3500 Personen unterzeichnete „Erfurter Erklärung“²⁸ sowie die „Fünf Grundsätze für Deutschland“²⁹ zurück.³⁰

18 Die Neue Rechte ist eine geistige Strömung, deren Ursprünge in Frankreich liegen und deren Ziel die intellektuelle und personelle Erneuerung des Rechtsextremismus ist. Sie grenzt sich deutlich von der am historischen Nationalsozialismus orientierten "Alten Rechten" ab und nutzt dabei modernere, bewegungsorientierte Aktionsformen. Vgl.: <http://www.bpb.de/politik/extremismus/rechtsextremismus/173908/glossar?p=45> [aufgef.: 30.9.2016]; Vgl. auch Kulick/Staud et.al. (2009): Das Buch gegen Nazis, S.90 f.

19 Das Institut für Staatspolitik (IFS) wurde im Jahr 2000 von Karlheinz Weißmann und Götz Kubitschek gegründet, die damals regelmäßige Autoren der Jungen Freiheit waren. Das IFS ist die intellektuelle Ideenwerkstatt und Kaderschmiede der Neuen Rechten in Deutschland und hat seinen Sitz im sachsen-anhaltischen Schnellroda. Der ideologische Bezugspunkt des IFS ist die antidemokratische, antiegalitäre und antiliberalen „konservative Revolution“. Kubitschek zufolge wird dabei ein „geistiger Bürgerkrieg“ um die „Existenz der Nation“ geführt. Vgl.: Kulick/Staud et.al. (2009): Das Buch gegen Nazis, S.92; vgl. auch: <http://www.bpb.de/politik/extremismus/rechtsextremismus/173908/glossar?p=72> [aufgef.: 30.9.2016]

20 Die „Ein Prozent Bewegung“ will eine Bürgerbewegung gegen die „Flüchtlingsinvasion“ initiieren und sammelt Spenden für dieses politische Projekt der Neuen Rechten. An ihr sind Akteure der „Identitären Bewegung“ beteiligt bzw. es bestehen personelle und ideologische Überschneidungen zwischen beiden Projekten. Unterstützt wird die Initiative unter anderem von dem Publizisten und Herausgeber des Compact Magazins Jürgen Elsässer, dem Magdeburger AfD-Landtagsabgeordneten Hans-Thomas Tillschneider sowie dem Verleger Götz Kubitschek. Vgl. dazu auch: <http://www.netz-gegen-nazis.de/artikel/ein-prozent-f%C3%BCr-unser-land-%E2%80%93-ngo-der-neuen-rechten-11046> [aufgef.: 30.9.2016]

21 Als Identitäre Bewegung bezeichnet sich ein Verbund völkischer, aktionsorientierter orientierter Gruppen, die ethnopluralistisch-kulturrassistische Konzepte vertreten. Sie gehen von einer geschlossenen „europäischen Kultur“ aus, deren Identität von anderen Kulturen, vor allem von einer Islamisierung bedroht sei. Die Politikwissenschaft ordnet diese Bewegung als rechtsextrem ein. Vgl.: <http://www.bpb.de/politik/extremismus/rechtsextremismus/173908/glossar?p=31> [aufgef.: 30.9.2016]

22 Politically Incorrect (Abkürzung: PI oder PI-News) ist ein 2004 gegründeter islamfeindlicher Newsblog, der sich zu einem der bedeutendsten deutschsprachigen Internetblogs entwickelt hat und international mit als islamfeindlich, rechtsextrem oder rechtspopulistisch geltenden Personen und Organisationen vernetzt ist. Vgl.: <http://www.bpb.de/politik/extremismus/rechtsextremismus/173908/glossar?p=81> [aufgef.: 30.9.2016]

23 Das Compact-Magazin ist ein von dem ehemals in der bundesdeutschen Linken aktiven und

heute völkisch und rassistisch argumentierenden Publizisten Jürgen Elsässer herausgegebenes, monatlich erscheinendes Politikmagazin. Seit 2015 präsentiert sich die Zeitschrift als Sprachrohr der rassistischen Pegida-Bewegung und der AfD. Vgl.: <http://www.netz-gegen-nazis.de/artikel/compact-hauspost-f%C3%BCr-die-w%C3%BCtenden-11085>; Für nähere Informationen zur Person Elsässer, vgl.: <http://www.tagesspiegel.de/medien/juergen-elsaesser-und-sein-compact-magazin-nach-ideologischem-zickzackkurs-stramm-rechts/13367938.html> [aufgef.: 30.9.2016]

24 Die monatlich erscheinende Zeitschrift Sezession ist eines der Leitmedien der Neuen Rechten in Deutschland. Sie wird vom Institut für Staatspolitik herausgegeben, dessen Hauptinitiator der Verleger und Vordenker der Neuen Rechten Götz Kubitschek ist. Die Printausgabe wird vom Autorenblog [sezession.de](http://www.sezession.de) publizistisch begleitet, auf der Kubitschek am 13. November 2015 die Initiative „Ein Prozent für unser Land“ vorstellte. Vgl.: <http://www.bpb.de/politik/extremismus/rechtsextremismus/173908/glossar?p=72> [aufgef.: 30.9.2016]

25 Das Projekt „Blaue Narzisse“ ist ein Online-Portal der neuen Rechten, speziell für jüngere Zielgruppen. Es ging aus einer gleichnamigen Schülerzeitschrift in Chemnitz hervor und wird heute von Dresden aus betrieben. Vgl.: https://de.wikipedia.org/wiki/Blaue_Narzisse [aufgef.: 12.10.2016]

26 Das Informationsportal Netz gegen Nazis der Amadeu Antonio Stiftung zählt aktuell mindestens 100 asylfeindliche Gruppen in Deutschland allein auf Facebook.

27 Vgl. dazu u. a.: Strube, Sonja Angelika (12. Dezember 2015): Religiös und rechtsextrem? Beobachtungen zu unerwarteten Anschlussmöglichkeiten, Essay im Internetblog „fein-schwarz“; im Internet unter: <http://www.feinschwarz.net/religioses-und-rechtsextrem-2/>

28 Vgl.: [derfluegel.de: Erfurter Resolution – Die Gründungsurkunde des Flügels](http://www.derfluegel.de/erfurter-resolution/), <http://www.derfluegel.de/erfurter-resolution/> [aufgef.: 11.10.2016]

29 Vgl.: [derfluegel.de: Fünf Grundsätze für Deutschland - Wegweiser für eine neue Politik](http://www.derfluegel.de/fuenf-grundsaeetze-fuer-deutschland/), <http://www.derfluegel.de/fuenf-grundsaeetze-fuer-deutschland/> [aufgef.: 31.8.2016]

30 Vgl.: Häusler/Röser/Scholten (2016): Programmatik, Themensetzung und politische Praxis der Partei „Alternative für Deutschland“ (AfD), vgl. auch Kemper (2016): „... Die neurotische Phase überwinden, in der wir uns seit siebzig Jahren befinden“. Zur Differenz von Konservatismus und Faschismus am Beispiel der historischen Mission Björn Höckes, S. 25ff.; vgl. auch <http://wjpatzelt.de/?p=731> und <http://www.derfluegel.de/2015/03/14/die-erfurter-resolution-wortlaut-und-erst-unterzeichner/> sowie: <http://www.faz.net/aktuell/politik/inland/neue-rechte-hoekes-rassentheorie-13975575.html> und <https://andreas-kemper.org/2015/06/16/kleines-glossar-zur-neuen-rechten-in-der-afd/> [aufgef.: 31.8.2016]

5. KÖLN UND DIE FOLGEN

Die Übergriffe in der Silvesternacht 2015/16 setzten eine neue Dynamik in der gesellschaftlichen Auseinandersetzung mit den Themen Flucht und Islam in Gang. Dabei kam es in Köln und anderen Städten zu sexualisierten Übergriffen gegenüber Frauen. Die öffentlichen und privaten Diskurse waren zunächst von der massiven Häufung dieser Übergriffe bestimmt. Nach wenigen Tagen aber wurde diese Debatte überlagert von der Frage, woher die Täter kamen. Sie wurden zu einem Zeitpunkt als Flüchtlinge aus Nordafrika und aus anderen arabischen Staaten identifiziert, als es dafür noch keine hinreichenden Belege gab. Die feministische Initiative „#ausnahmslos“ analysiert diese Vorgänge: „Es ist für alle schädlich, wenn feministische Anliegen von Populist*innen instrumentalisiert werden, um gegen einzelne Bevölkerungsgruppen zu hetzen, wie das aktuell in der Debatte um die Silvesternacht getan wird. Sexualisierte Gewalt darf nicht nur dann thematisiert werden, wenn die Täter die vermeintlich ‘Anderen’ sind: die muslimischen, arabischen, Schwarzen oder nordafrikanischen Männer – kurzum, all jene, die rechte Populist_innen als ‘nicht deutsch’“ verstehen.“³¹

Es sind Vorfälle wie die von Köln und ihre Auswirkungen auf die bundesdeutsche Debattenkultur, die Akteure der Neuen Rechten eine bislang unvorstellbare Siegeszuversicht verspüren lassen. So schrieb etwa der Historiker Karlheinz Weißmann in der „Jungen Freiheit“ vom 17. Januar 2016, es habe „seit mehr als zwanzig Jahren (...) keine

vergleichbar günstige Situation gegeben, um den Fortgang der Dinge grundsätzlich zu korrigieren.“³² Der neurechte Aktivist Martin Sellner schrieb Mitte Februar 2016 in der „Sezession“: „Man könnte heute auch einen Blumentopf an die Spitze von Anti-Einwanderungskräften stellen und sie würden immer noch einen ‚Aufwind‘ erleben.“³³ Die Akzeptanz für rassistische, antimuslimische und verunglimpfende Positionen nimmt dramatisch zu; die Bereitschaft, diese menschenfeindlichen Einstellungen öffentlich zu äußern, wird immer größer. Das zeigt, dass die neurechten Ideen auf fruchtbaren Boden fallen. Verkäufe von Waffen schnellen nach oben. Tipps für die Selbstverteidigung sind inzwischen ein Dauerthema in rechtspopulistischen Foren. Es greift leider zu kurz, Bürgerwehren nur als Ausdruck rechtspopulistischer und -extremer Bestrebungen zu sehen. Sie sind dies auch – aber sie werden auch wesentlich begünstigt durch das seit der Kölner Silvesternacht weit verbreitete Gefühl, die Polizei könne nicht flächendeckend die öffentliche Sicherheit gewährleisten.

Die Bundespolitik reagiert beim Versuch, die öffentliche Stimmung zu beruhigen, weitgehend hilflos. Seit Januar 2016 gibt es einen Wettlauf darum, die Zuwanderungskriterien und die Anerkennungsquoten für Asylbewerber*innen zu verschärfen.³⁴ Parallel dazu sollen die Befugnisse von Nachrichtendiensten und Strafverfolgungsbehörden erheblich ausgeweitet werden.³⁵ Einzelne Vertreter*innen sämtlicher im Bundestag vertretenen Parteien machten wiederholt grund- und völkerrechtswidrige Vorschläge, die – würden sie umge-



Fahne bei einer Pegida-Demonstration 2015 in Dresden; Bildnachweis: Kulturbüro Sachsen e.V.

setzt – unter anderem die Religionsfreiheit³⁶, den Datenschutz, die Freizügigkeit oder den Flüchtlingsschutz³⁷ einschränken würden. Solcherlei Populismus läuft Gefahr, eine weitere gesellschaftliche Radikalisierung und Polarisierung zu befördern und das Vertrauen in den demokratischen Rechtsstaat weiter zu untergraben.

Rechtspopulist*innen kommt diese Situation sehr entgegen. Der Journalist Patrick Gensing sieht sie in einer Rolle als „provokante Quergeister“, die in den Medien die „Tabubrecher spielen“ könnten. Sie befänden sich dabei in einer „komfortablen Position“, sagt er: „Werden ihre provokanten Thesen aufgegriffen, skandalisiert und verbreitet, passt das in ihr Konzept. Werden diese Positionen anschließend offen kritisiert, können sich die Rechtspopulist*innen bequem als mutige Tabubrecher aufspielen, die von ‘Mainstream-Medien’ mundtot gemacht werden sollen. Die Debatte schaukelt sich auf, nimmt an Schärfe zu und verroht. Die nächste Provokation muss noch heftiger ausfallen, damit sie überhaupt noch schockieren kann. Auf der Strecke bleiben sachliche und ausgewogene Diskussionen.“³⁸ Die damalige Pegida-Sprecherin Tatjana Festerling folgte dieser Strategie in einer Rede Anfang Januar 2016 wie folgt: „Wenn die Mehrheit der Bürger noch klar bei Verstand wäre, dann würden sie zu Mistgabeln greifen und diese volksverratenden, volksverhetzenden Eliten aus den Parlamenten, aus den Gerichten, aus den Kirchen und aus den Pressehäusern prügeln.“³⁹ Dass diese Äußerung als strafrechtlich relevant gesehen werden kann, dürfte Frau Festerling klar sein. Ähnliche Zitate von weiteren Akteur*innen aus dem rechtspopulistischen Milieu lassen sich in großer Fülle finden. Die Sorge vor Ausschreitungen fasste der Leipziger Polizeipräsident Bernd Merbitz im Februar 2016 so zusammen: In Sachsen herrsche eine „Pogromstimmung“.⁴⁰

³¹ Vgl. Bündnis „Ausnahmslos“: „Gegen sexualisierte Gewalt und Rassismus. Immer. Überall. #ausnahmslos“; Im Internet unter: <http://ausnahmslos.org/> [aufgef.: 31.8.2016]

³² <https://jungefreiheit.de/debatte/kommentar/2016/so-guenstig-wie-nie/>

[aufgef.: 31.8.2016]

³³ <http://www.sezession.de/53253/7-winke-fuer-2016.html> [aufgef.: 31.8.2016]

³⁴ Vgl.: <https://www.proasyl.de/pressemitteilung/presseerklaerung-zur-wir-schaffen-das-debatte/> [aufgef.: 31.8.2016]

³⁵ Vgl.: http://www.regierung-mv.de/serviceassistent/_php/download.php?datei_id=1577972 [aufgef.: 31.8.2016]

³⁶ Vgl.: <http://www.fr-online.de/politik/islam-in-deutschland-aufgeheizte-diskussion-ueber-burka-verbot,1472596,34633048.html> [aufgef.: 31.8.2016]

³⁷ Vgl.: <http://www.sueddeutsche.de/politik/gruene-kretschmanns-einstiger-kronprinz-ist-zu-weit-gegangen-1.3113006> [aufgef.: 31.8.2016]

³⁸ Patrick Gensing: „Rechtspopulismus und Medien.“ Manuskript anlässlich der Fachtagung „Verantwortung übernehmen im Norden“ am 19.03.2015

³⁹ <http://www.sz-online.de/sachsen/festerling-provoziert-straftanzeige-3296346.html> [aufgef.: 31.8.2016]

⁴⁰ <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/sachsen-polizei-warnt-vor-pogromstimmung-a-1075096.html> [aufgef.: 31.8.2016]

6. WAS ZU TUN IST

Angesichts der Tatsache, dass sich Hass und Rassismus in Worten und Taten zunehmend Bahn brechen, braucht es klare Signale gegen Gewaltpropaganda und Brandanschläge. Ausgehen müssen sie von der Zivilgesellschaft einschließlich der Kirchen sowie vom Staat. Diejenigen, die massiv bedroht und angegriffen werden – vor allem Ge-

flüchtete, aber auch Haupt- und Ehrenamtliche in der Flüchtlingshilfe – brauchen die spürbare Solidarität von Kirchen, Sozial- und Wirtschaftsverbänden, Politik, Medien und Kultur. Vor diesem Hintergrund ist die Verdoppelung des federführenden Bundesprogramms zur präventiven Bekämpfung von Rechtsextremismus „Demokratie leben!“ im Bundesfamilienministerium ein wichtiges Signal und ein Schritt in die richtige Richtung. Einen bemerkenswerten Beschluss in diesem Sinne verfasste auch die Hauptversammlung des Bundes der Deutschen Katholischen Jugend im April 2016.⁴¹ In der aktuellen Situation bedarf es einer spürbaren Verbesserung der Integration von Geflüchteten mit und ohne Aufenthaltsstatus. Das bedeutet: Nötig ist eine große gesamtgesellschaftliche Kraftanstrengung mit Investitionen in soziale Betreuung, Bildungs- und Beschäftigungschancen, den sozialen Wohnungsmarkt und die interkulturelle und interreligiöse Begegnung auf lokaler Ebene. Die von Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) formulierte Devise „Wir schaffen das“ muss endlich auch qualitativ untersetzt werden. Damit Einwanderung gesellschaftlich stärker akzeptiert wird, muss zudem die öffentlichen Sicherheit gewährleistet sein, und es braucht Investitionen in Strafverfolgungsbehörden, die eine offensive Bekämpfung von Rassismus, Rechtsextremismus und Rechtspopulismus ermöglichen. Eine lebendige Zivilgesellschaft benötigt ein funktionierendes staatliches Gewaltmonopol und eine Justiz und Polizei, die Menschen- und Grundrechte rund um die Uhr verteidigt. Nur, wo Menschen sich sicher und frei fühlen, kann pluralistische Demokratie gedeihen.

Da, wo zu Gewalt gegenüber schutzbedürftigen Menschen aufgerufen oder diese gar ausgeübt wird, ist jede Diskussion beendet und Strafverfolgung geboten. Sie muss schnell und konsequent erfolgen, bevor es zu weiteren Eskalationen und Gewalttaten kommt. Eine besondere Rolle kommt dabei kirchlichen Akteuren sowie Diakonie und Caritas zu, die in der Flüchtlingshilfe zu den gewichtigsten Akteuren gehören. Sie müssen politischer agieren als bisher und deutlicher vernehmbar die Gewalt gegen Geflüchtete und Muslim*innen verurteilen. Religiös begründete Abwertung und Ausgrenzung muslimischen Lebens und muslimischer Glaubensausübung sind ebenso wenig hinnehmbar wie die Ablehnung eines aufklärenden Sexualkundeunterrichtes oder gleichgeschlechtlicher Liebe. Bisher fehlen Signale der interreligiösen Solidarität seitens der Kirchen. Kirche und ihre Flüchtlingsprojekte müssen sich zudem darauf einstellen, dass ihre Mitarbeitenden und die ihnen anvertrauten Geflüchteten noch stärker Anfeindungen und Angriffen ausgesetzt sein werden. In solchen Situationen müssen sie auf schnelle und konsequente Strafverfolgung drängen. Unabdingbar sind außerdem professionelle Begleitung und Beratung von Haupt- und Ehrenamtlichen in der kirchlichen Flüchtlingsarbeit und eine Kooperation mit professionellen Angeboten wie Mobilen Beratungsteams oder Beratungsstellen für Betroffene rechter Gewalt.⁴² Schließlich müssen sich Kirchen und kirchliche Akteure auch theologisch-politisch menschenfeindlichen Einstellungen in den eigenen Reihen stellen. Eine im Jahr 2015 im Auftrag der Konrad-Adenauer-Stiftung erstellte Studie über „Radikalisierungs-

tendenzen am rechten Rand der Kirchen“ kommt zu dem Schluss, die „Überlagerung des Christlichen durch das Rechtskonservative, wie sie in reaktionären Milieus beider Konfessionen zu beobachten ist und neuerdings zu unheiligen politischen Allianzen führt, fordert zu christlicher Ideologiekritik heraus“. In bemerkenswert klaren Worten wird hinzugefügt: „Es gilt die Geister zu scheiden und das Evangelium als Maßstab christlicher Weltverantwortung immer wieder ins Zentrum zu rücken.“⁴³

⁴¹ Wir widersprechen – weil wir glauben!“, Beschluss der BDJ-Hauptversammlung vom 23. April 2016. Im Internet unter: <http://www.bdkj.de/aktuelles/artikel/hauptversammlung-wir-widersprechen>

⁴² Kontaktdaten von empfohlenen zivilgesellschaftlichen Beratungsträgern in verschiedenen Regionen finden Sie am Schluss dieser Handreichung.

⁴³ Konrad-Adenauer-Stiftung (Hrg.): „Unheilige Allianzen - Radikalisierungstendenzen am rechten Rand der Kirchen“. Erschienen in der Reihe „Monitor Religion und Politik“, Berlin 2015, S.13.



Bildnachweis: BAG K+R

„GOTT HAT UNS NICHT GEGEBEN DEN GEIST DER FURCHT, SONDERN DER KRAFT DER LIEBE UND DER BESONNENHEIT.“ – ZUM UMGANG MIT RECHTSPOPULIST*INNEN IN DER GEMEINDE

Mit dem im Titel dieser Handreichung zitierten Satz, der auch als Überschrift dieses Kapitels fungiert, spricht Paulus seinem Täufling Timotheus Mut zu. Dieser wird ebenso wie Paulus selbst wegen seines Glaubens diskriminiert und verfolgt. Vertrauen in Gott verleiht Mut, Kraft und Liebe, schreibt der Apostel. Paulus' Brief ist somit gleichsam als christliches Testimonial zu verstehen, dass der Glaube an Gott in scheinbar unübersichtlichen und beängstigenden gesellschaftlichen Situationen helfen kann.

DIE ENTZWEITE GESELLSCHAFT

Die bundesdeutsche Gesellschaft erscheint heute außerordentlich emotionsgeladen und polarisiert. Auseinandersetzungen zwischen Flüchtlings skeptiker*innen, Anhänger*innen der rassistischen Pegida-Bewegung, Rechtspopulist*innen und Neonazis auf der einen Seite sowie Unterstützer*innen der Aufnahme Geflüchteter, Haupt- und Ehrenamtlichen in der Flüchtlingshilfe, Menschen mit größerem Vertrauen in die Lösungsfähigkeiten des demokratischen Systems und

seiner Instanzen sind alltäglich. Vielen Menschen machen die unzähligen ungelösten Konflikt- und Kriegssituationen in der Welt und die dadurch hervorgerufenen Flüchtlingsbewegungen Angst. Die Empörung über die unzulängliche Hilfe für Geflüchtete und Asylsuchende durch die Weltgemeinschaft und die Europäische Union sowie den Tod unzähliger Menschen bei ihrer Flucht über das Mittelmeer ist berechtigt. In vielen Pfarr- und Kirchengemeinden gibt es das Bedürfnis, eigene Ängste und die Polarisierung der Gesellschaft durch Gesprächsangebote überwinden zu helfen.

Ein solcher Wunsch ist sehr verständlich, ist es doch ein Anliegen der Kirchen, dem gesellschaftlichen Frieden zu dienen.⁴⁴ Gesprächsangebote können auch hilfreich und fruchtbar wirken, wenn sie nicht einfach auf Harmonie zielen oder gar geistigen Brandstifter*innen Podien bieten. Sie sollten vielmehr das christliche Bekenntnis zur Gottebenbildlichkeit jedes Menschen (Gen 1,27) umzusetzen helfen. Diese begründet seine unveräußerliche Menschenwürde, kirchlich gesehen vor Gott und den Menschen, grundgesetzlich betrachtet vor dem Gesetz und den Menschen.

⁴⁴ Vgl. etwa die beiden Texte „Aus Gottes Frieden leben – für gerechten Frieden sorgen. Eine Denkschrift des Rates der EKD“, Gütersloh 2007, S. 124, sowie JOHANNES PP. XXIII.: Enzyklika PACEM IN TERRIS (2013); Im Internet unter: http://w2.vatican.va/content/john-xxiii/de/encyclicals/documents/hf_j-xxiii_enc_11041963_pacem.html [aufgef.: 31.8.2016]

KIRCHE IST MENSCHENFREUNDLICH UND DAMIT NICHT NEUTRAL

Berechtigt sind Gesprächsangebote dann, wenn sie auf Veränderung der mancherorts auch in Kirchengemeinden geäußerten menschenfeindlichen Positionen Einzelner und die Unterstützung derer zielen, die unserer Hilfe und Solidarität bedürfen. Aus dem biblischen Liebesgebot, also dem, was Fremde für Christ*innen bedeuten, folgt nämlich ein unveräußerliches christliches Bekenntnis: Fremde müssen geschützt werden. Es kann daher in solchen Bekenntnisfragen keine schlichte, „neutrale“ Moderator*innenrolle für Kirchen- und Pfarrgemeinden oder die dort Verantwortung tragenden Personen wie Priester, Pfarrer*innen, Pfarr- und Kirchengemeinderäte oder Kirchenleitende geben. An dieser Stelle sollen einige grundlegende theologische Aspekte in die derzeitige Diskussion um die Aufnahme und Inklusion geflüchteter Menschen bzw. den Umgang der Mehrheitsgesellschaft mit ihnen eingebracht werden:

- ▶ Grundsätzlich ist die christliche Botschaft eine egalitäre, die eine Ungleichwertigkeit verschiedener Menschengruppen weder vorsieht noch erlaubt. „Vor Gott sind alle gleich“ (Gen 1,27), heißt es in der Bibel, was bedeutet: Die Menschenwürde ist unteilbar. Die Gottebenbildlichkeit des Menschen als biblische Grundlegung kann ergänzt werden durch die biblische Rückführung aller Menschen auf Adam und Eva. Die Rabbinen sagen hierzu, „damit sich keine*r über den oder die Andere erhebe“.

Gleichzeitig bezieht sich die biblische Botschaft realistisch auf die gängige Gewaltförmigkeit menschlicher Gesellschaften. Sie ist bestrebt, Streit zu kanalisieren, Gewalt einzudämmen und auch Täterschaft, Fehlverhalten, Sündhaftigkeit zu benennen. Diese Orientierung geht bis zu Jakob und Esau, die dann ganz pragmatisch auseinander gehen, weil sich keine wirklich friedliche Lösung abzeichnet.

- ▶ Trotz dieser grundsätzlich klaren biblischen Botschaft wuchs in den europäischen Kirchen die Einsicht, dass Gewalt, Rechtfertigung von Unterdrückung und Ausbeutung, Rassismus und Antisemitismus stets Teil kirchlicher Wirklichkeit waren und noch sind. Deshalb ist es nicht verwunderlich, dass menschenfeindliche Einstellungen in den Kirchengemeinden vorzufinden sind, und es ist auch nicht ehrenrührig, diese offen zu adressieren, um sie in einem inneren Kommunikations- und Verständigungsprozess bearbeiten zu können. Da kein Mitglied einer Gemeinde für sich Vollkommenheit beanspruchen kann, ist dieses Gespräch auch eines in Solidarität der sich und Gott Verfehlenden. In diesem Kontext gilt es dann, nicht verharmlosend oder beschwichtigend, den produktiven Charakter des Satzes „simul justus et peccator“⁴⁵ zur Geltung zu bringen.
- ▶ Gleichzeitig bedeutet der nüchtern-selbstkritische Blick in die Geschichte aber auch, keine Beliebtheit hervorzubringen. Vielmehr sollen Lernprozesse ermöglicht werden, ebenso wie die Annäherung an das unverzichtbare Bekenntnis zur Unversehrtheit der

Anderen und der Gleichwertigkeit aller innerhalb und außerhalb der Gemeinde. Ohne diese innere Arbeit, ja vielleicht sogar „innere Mission“, bleibt christliches Zeugnis nach außen hohl. Nach dem Motto „Kirche ist für alle da, aber nicht für alles“ (Werner Leich, evang. Landesbischof in Thüringen von 1978 bis 1992) können „Christenmenschen aber keinesfalls neutral bleiben, wo Flüchtlinge pauschal diskreditiert werden und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit geschürt wird. Wo gegen Andere gehetzt wird, wo Menschen bedroht und die Grundlagen rechtsstaatlicher Demokratie angegriffen werden, dürfen wir Christ*innen uns nicht auf eine scheinbar neutrale Position zurückziehen und den Harmoniebedürfnissen innerhalb christlicher Gemeinden mehr Gewicht beimessen als der Einheit von Gottesliebe und Menschenliebe“⁴⁶ sowie Nächsten- und Fernstenliebe. Einige ausgewählte biblische Einträge sollen als ergänzende Beispiele dafür dienen, wie eine theologisch zu verantwortende Kommunikation aussehen kann und wie Vielfalt und Differenz in menschlichen Gesellschaften zu bewerten sind⁴⁷:

„Eure Rede aber sei: Ja, ja; nein, nein. Was darüber ist, das ist vom Übel.“

(Mt 5,37) – Es ist nicht zu verkennen, dass Gott uns Christenmenschen eine klare Orientierung gibt, mit der wir nicht nach Belieben umgehen dürfen. Gott gibt sie uns voller Ernst und Liebe, damit wir ihr – auch wenn wir um unser Scheitern wissen – immer wieder neu nachfolgen. Weil es hierbei um existenzielle Werte geht, darum, Ja und



Nein zu sagen und entsprechend zu handeln, gibt es auch bindende theologische Vorstellungen von Gericht und Strafandrohung bei Vernachlässigung der Witwen, Waisen und Fremden.

„Du sollst kein falsches Zeugnis geben wider deinen Nächsten.“ (Ex 20,16) Dieses Gebot findet sich in verschiedenen Büchern der Bibel im Alten wie im Neuen Testament und kann durch diese Prominenz für sich umfassende Geltung beanspruchen. Es bedeutet, dass weder über die einem selbst fernen wie auch über nahe Menschen Dinge gesagt werden dürfen, die auf Gerüchten basieren. Ebenso wenig dürfen Verfehlungen Einzelner (islamistischer Terrorist) auf eine gesamte Gruppe von Menschen (Muslime) übertragen werden. Darüber hinaus ergibt sich daraus auch die Verantwortung, all dies nicht nur selbst zu unterlassen, sondern auch anderen zu widersprechen, die es tun und durch ständige Wiederholung verschärfen.

„Hier ist nicht jüdisch noch griechisch, hier ist nicht Sklave noch Freier, hier ist nicht männlich noch weiblich; denn ihr seid allesamt eins in Christus Jesus“ (Gal 3,28) – Dieses wunderbare Bild der Gemeinde steht gegen alle Verächtlichmachung von dem je anderen Geschlecht und von Menschen anderer sexueller Orientierung, anderer Klassen oder anderer ethnischer Zugehörigkeit. Alle sind Teil des Leibes Christi und – das ist entscheidend – ihre Vielfalt wird nicht einfach aufgehoben, sondern bleibt als gleichermaßen wertvolle Differenz präsent. Das schließt alle Hassäußerungen aus, auch solche, die angeblich aus eigener Ver-

unsicherung herrühren. Es heißt ganz sicher nicht, dass Differenzen und Konflikte in den jeweiligen Beziehungen bestritten werden sollen. Es eröffnet aber eine Perspektive auf gemeinsame Entwicklung und Lebensgestaltung in der christlichen Gemeinde. Paulus beschreibt in dem zitierten Brief eine unbedingte Gleichwertigkeit der jeweiligen Gruppen. Alle drei Beziehungskonstellationen – ethnische Identität (griechisch/jüdisch), soziale Stellung (Sklave/Freier) und geschlechtliche Identität (Mann/Frau) – markieren hoch aufgeladene Konfliktfelder. Sie stellen Relationen dar, die sowohl gesellschaftlich wie gemeindlich umstritten sein können und immer wieder neu ausgehandelt werden müssen. Deshalb ist Paulus die Aussage so wichtig, dass in Christus die Ausgangsbedingungen in diesem Prozess des Aushandelns für alle gleich sein sollen.

⁴⁵ Der Ausspruch „simul justus et peccator“ (zugleich Gerechte*r und Sünder*in) ist eine Formulierung aus der Rechtfertigungslehre des Reformators Martin Luther. Der Gedanke entstammt einer Vorlesung zum Römerbrief an der Universität Wittenberg aus dem Jahr 1514/15, in der Luther erklärte, dass Heilige in ihrer eigenen Einschätzung immer Sünder seien und deshalb in Gottes Einschätzung gerechtfertigt würden. Heuchler hingegen seien in ihrer eigenen Einschätzung immer Gerechte, weshalb sie vor Gott sündig seien. Luther zog daraus den Schluss, beide seien für Gott Gerechte und Sünder zugleich.

⁴⁶ Lindemann/Scheidler et.al. (2016): Neutral bleiben – keine Option für Christen. Offener Brief von Theologen und Theologinnen der TU Dresden der EHS Dresden und der EH Moritzburg an die Pfarrer und Pfarrerinnen, an die hauptberuflich im kirchlichen Dienst Tätigen und an alle, die Veranstaltungen zu aktuellen Themen in kirchlichen Räumen verantworten, im Bereich der Ev.-Luth. Landeskirche Sachsens und des Bistums Dresden-Meißen. Im Internet: <http://bagkr.de/2016/02/29/neutral-bleiben-keine-option-fuer-christen/> [aufgef.: 19.9.2016]

⁴⁷ Nachstehende Bibelstellen und –auslegungen entstanden unter Verwendung von: Lindemann/Scheidler et.al. (2016): „Neutral bleiben – keine Option für Christen. Offener Brief von Theologen und Theologinnen“. Im Internet: <http://bagkr.de/2016/02/29/neutral-bleiben-keine-option-fuer-christen/> [aufgef.: 19.9.2016]

GOTT LIEBT DIE SÜNDER, NICHT DIE SÜNDE – ZUM UMGANG MIT RECHTSPOLIST*INNEN IN DER GEMEINDE ⁴⁸

Oft wird versucht, menschenfeindliche Positionen als gleichberechtigte politische oder ethische Meinung zu etablieren. Neurechte Akteure brandmarken ihre angebliche Tabuisierung und vermeintliche Blockade durch gesellschaftliche Eliten gern als Demokratiedefizit oder Stilmittel einer gleichgeschalteten Medienlandschaft. Sie schüren bewusst Ängste vor importierter Islamisierung, Gewalt, Krankheiten oder sonstigen angeblichen Bedrohungen durch „die Fremden“, die Sachargumenten nicht zugänglich sind – etwa der statistisch belegten Tatsache, dass im Umfeld von Unterkünften für Geflüchtete keine Erhöhung von Kriminalität zu verzeichnen ist. Dennoch versuchen sich die tatsächlichen Spalter der demokratischen Grundordnung als Opfer dunkler Mächte zu inszenieren. Gegenargumente werden zu Belegen einer angeblichen Verschwörung der „Eliten“.

Solche Argumentationsmechanismen und das Spiel mit den Ängsten der Menschen sind in öffentlichen Veranstaltungen nicht zu durchbrechen. (Streit-)Gespräche zwischen vehementen Befürwortern und Gegnern einer Willkommenskultur sind für unentschiedene, auf Grundlagen für ihre eigene Meinungsbildung hoffende Gemeindeglieder wenig erhellend.⁴⁹ Gleichwohl ist es sinnvoll, echte Fragen innerhalb der Gemeinde sowie Verunsicherungen oder auch Abwehr aufzunehmen und in den bestehenden kleinteiligen Formaten kirchlichen Gemeindelebens wie dem Bibelkreis, der Jungen Ge-

meinde, dem Posaunen- oder Kirchenchor, dem Gespräch nach dem Gottesdienst, im seelsorgerlichen Gespräch oder der Beichte aufzunehmen. Hier gilt es dann auch Argumenten oder Formulierungen zuzuhören, die zunächst mit christlichem Bekenntnis nichts zu tun haben. Deshalb ist es wichtig, zwischen verschiedenen Gesprächskontexten zu unterscheiden:

öffentlicher Kontext über die Kerngemeinde hinaus, z. B. öffentliche Diskussions- oder Wahlinformationsveranstaltungen:

Manche Gemeinde fühlt sich dazu berufen, der Kirchen- oder Bürgergemeinde einen Raum für die Diskussion zur Verfügung zu stellen, um eine ernsthafte Auseinandersetzung zu ermöglichen. Dabei gilt es allerdings zu beachten, dass Kirche kein wertfreier Raum ist. Ihr Wirken fußt auf den Weisungen der Heiligen Schrift, in der Gerechtigkeit und Barmherzigkeit, der Einsatz für die Schwachen und Unterdrückten dem Willen Gottes entsprechen. Politischer Einsatz, der diesen Idealen diametral zuwider läuft, ist ebenso eine sündhafte Abweichung vom Willen Gottes wie Diebstahl oder Mord, die es anzusprechen und bei Bedarf offensiv zurückzuweisen gilt.

gemeindebezogener Kontext innerhalb der Kerngemeinde, z. B. Kirchenchor, Gemeindeguppenarbeit, Pfarr- und Kirchengemeinderat:

Wir sollten uns darüber im Klaren sein, dass innerhalb unserer Gemeinden, wie im Durchschnitt der Gesamtbevölkerung auch, Menschen anzutreffen sind, die rechtspopulistischen Positionen zu-

stimmen. Einzelne solcher Haltungen zur Familienpolitik, der Rollenverteilung zwischen Frau und Mann, Feindlichkeit gegenüber gleichgeschlechtlicher Liebe und zur Überhöhung der eigenen Religion sind gerade in christlich-reaktionären Kontexten populär. Andere, wie Feindlichkeit gegenüber Muslimen, Ablehnung der Europäischen Union, Demokratieverdrossenheit oder Medienschelte, finden sich in allen Teilen der Gesellschaft gleichermaßen. Es gilt demnach, genau hinzuhören: Nicht jede Kritik an der konkreten Ausgestaltung des Asylsystems entspringt rassistischen Motiven. Wer aber mit homophoben, fremdenfeindlichen oder rassistischen Äußerungen auftritt, stellt sich außerhalb christlicher Lehre – egal, ob dies in einem rechts-extremen oder rechtspopulistischen Kontext oder auch nur im zwischenmenschlichen Gespräch geschieht.

seelsorgerlicher Kontext und Einzelgespräche, z. B. Taufgespräch, Beichte, etc.:

Pfarrer*innen meinen zu recht, dass Protagonist*innen asylfeindlicher Gruppen, die sich als Christ*innen verstehen, das Recht haben, auch mit Personen anderer Ansicht ins Gespräch zu kommen – und dass Seelsorger*innen in der Pflicht sind, dafür Räume zu schaffen. Hierfür sind neben Einzelgesprächen auch Gruppengespräche im kleinen Kreis vorstellbar. Diese sollten allerdings gut moderiert werden und allen Positionen ausreichend Raum geben. Hierbei gilt es, die Blickrichtung und Themensetzung zu weiten. Es sollte insbesondere in den Blick genommen werden, in welchen Situationen sich geflüchtete Menschen befinden: traumatisiert, in fremder Umgebung

fern der erworbenen Sicherheiten und mit Fähigkeiten und Ressourcen, die zu wenig wahrgenommen werden. Darüber hinaus sollte beachtet werden, dass sich immer mehr in der Flüchtlingshilfe aktive Menschen massiven Auseinandersetzungen und Angriffen in Familien- und Freundeskreisen ausgesetzt sehen. Das bedeutet für viele wirkliche Seelennöte und Verunsicherungen, die seelsorgerlich aufgefangen werden müssen. Zudem ist es ein Unterschied, ob jemand das Signal gibt, Seelsorge zu benötigen, oder ob Pfarrer*innen von sich aus das Bedürfnis verspüren, offensiv seelsorgerlich auf Menschen zuzugehen. Es ist wichtig, diese Ebenen der Gespräche zu unterscheiden, weil sie je unterschiedliche Zugänge, Handlungsformen und Verabredungen benötigen.

⁴⁸ Die Überschrift und Textstellen in diesem Abschnitt entstammen der Publikation „Nächstenliebe leben. Klarheit zeigen. Handreichung für Gemeinden zum Umgang mit Rechtsradikalität und Fremdenfeindlichkeit“, Ökumenische Arbeitsgemeinschaft Kirche für Demokratie und Menschenrechte (2016), S. 137 ff., auf die wir an dieser Stelle gerne verweisen und deren Lektüre wir empfehlen. Im Internet unter: http://www.kirche-fuer-demokratie.de/wp-content/uploads/Naechstenliebe_leben_web.pdf [aufgef: 19.9.2016]

⁴⁹ Vgl. dazu: Bundesarbeitsgemeinschaft Kirche und Rechtsextremismus; Evangelische Akademie zu Berlin; Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus Berlin (2014): Was tun, damit's nicht brennt? Leitfaden zur Vermeidung von rassistisch aufgeladenen Konflikten im Umfeld von Sammelunterkünften für Flüchtlinge; im Internet unter: http://www.bagkr.de/wp-content/uploads/wastun_webversion_neu.pdf



Bildnachweis: Birgit Andert

RAHMENBEDINGUNGEN FÜR GELINGENDE KOMMUNIKATION – ERFAHRUNGEN AUS DER BERATUNGS- UND GEMEINDEPRAXIS

DIE FALLSTRICKE ÖFFENTLICHER VERANSTALTUNGEN ÜBER DIE KERNGEMEINDE HINAUS

Öffentliche Veranstaltungen über die eigene Kerngemeinde hinaus bedürfen einer klugen Vorbereitung. Hilfestellung bei der Konzeption und inhaltlichen Durchführung kann bei zivilgesellschaftlichen Beratungsorganisationen, die nachstehend aufgeführt werden, oder der BAG Kirche und Rechtsextremismus eingeholt werden. In jedem Fall sollten die im vorherigen Kapitel beschriebenen Kriterien kirchlicher Menschenfreundlichkeit und Parteilichkeit eingehalten werden. Nachfolgend werden Beispiele für öffentliche Veranstaltungen über den Kerngemeindegkontext hinaus dargestellt. Zunächst werden zwei Fälle geschildert, in denen sich die gewählten Formate oder das Handeln maßgeblicher Beteiligten als kontraproduktiv erwies. Im folgenden Abschnitt geben wir dann Hinweise dafür, wie die Organisation und Durchführung von Veranstaltungen gelingen kann.

EINWOHNERVERSAMMLUNG IN EINER KIRCHE

In einer Kleinstadt laden Bürgermeister und Pfarrer vor der Einrichtung einer neuen Unterkunft für Asylsuchende zur Einwohnerversammlung in die Kirche ein. Die Einladung wird im Stadtanzeiger veröffentlicht und enthält eine Antidiskriminierungsregel.⁵⁰ Ein Sicherheitskonzept wird erstellt, um der eventuell praktizierten Wortergrei-

fungsstrategie extrem rechter Akteure entgegenzuwirken. Es gibt klare Diskussionsregeln⁵¹:

- ▶ Im Kirchenraum ist ein Rednerpult mit Mikrofon aufgestellt, jede/r Redner*in soll sich mit Namen vorstellen.
- ▶ Es werden klare Diskussionsregeln verlesen: diskriminierende Äußerungen (rassistisch, antisemitisch, sexistisch) sind nicht erlaubt.

Neben dem örtlichen NPD-Stadtrat haben weitere Neonazis in der Kirche Platz genommen. Nach der Begrüßung durch den gastgebenden Pfarrer und einführenden Worten des Bürgermeisters sowie des Vertreters der Landkreisverwaltung beginnt die Diskussion. Nach einigen Diskussionsbeiträgen ergreift der NPD-Stadtrat das Wort. Er, selbst Christ, legt seine Version von Nächstenliebe – bezogen auf das eigene Volk – dar, spricht von „christlich-jüdischen Wurzeln, auf die wir uns so gern beziehen“, und von der Rolle Israels bei der Aufnahme geflüchteter Menschen. Anschließend ergreift ein weiterer Neonazi das Wort und legte sein völkisches Gedankengut dar. Alles bleibt – trotz anderweitiger, öffentlich verlesener Regeln – ohne inhaltliche Reaktion. Als der Vertreter der örtlichen Willkommensinitiative das Wort ergreift, verlässt demonstrativ eine größere Gruppe Neonazis den Kirchenraum.

Dieses Beispiel macht deutlich: Trotz guter Vorbereitung kann eine Veranstaltung zumindest partiell aus dem Ruder laufen, wenn klare Absprachen nicht eingehalten und die Wortergreifung von Rechtspopulist*innen oder extrem rechten Akteuren nicht unterbunden wird. Soll Ihre Veranstaltung sachlich und entsprechend Ihrer Themensetzung verlaufen, bedarf es einer stringenten und zuweilen auch klare Grenzen aufzeigenden Moderation. Notfalls müssen die Veranstalter zur Eskalation bereit sein: Saalverweise erteilen oder sogar die Polizei rufen, um diese durchzusetzen. Sind Sie als Kirchengemeinde Hausherrin einer solchen Veranstaltung, müssen Sie sich der Möglichkeiten des Versammlungsrechtes und ihrer eigenen Haltung bewusst sein.

⁵⁰ Dieser Teilnahmeverbehalt stellt Regeln für Diskussion und Teilnehmende auf, die diskriminierende und menschenfeindliche Haltungen unterbinden und von solchen Haltungen Betroffenen eine angstfreie Teilnahme ermöglichen sollen. Er ist mit dem deutschen Versammlungsrecht abgestimmt und lautet: „Die Veranstaltenden behalten sich vor, von ihrem Hausrecht Gebrauch zu machen und Personen, die neonazistischen Organisationen angehören, der extrem rechten Szene zuzuordnen sind oder bereits in der Vergangenheit durch rassistische, nationalistische, antisemitische oder sonstige Menschen verachtende Äußerungen in Erscheinung getreten sind, den Zutritt zur Veranstaltung zu verwehren oder von dieser auszuschließen.“

⁵¹ Hinweise zum Umgang mit öffentlichen Auftritten extrem rechter oder rechtspopulistischer Akteure finden Sie zum Beispiel in der Handreichung „Streiten mit Neonazis“ des Vereins Miteinander e.V., im Internet unter: <http://www.miteinander-ev.de/index.php?page=73&modaction=detail&modid=473>, oder in der Handreichung „Keine Bühne für Rassismus“ der Mobilen Beratung gegen Rechtsextremismus Berlin: http://www.mbr-berlin.de/wp-content/uploads/2013/12/mbr_faltblatt-2013-web1.pdf [aufgef.: 21.9.2016]

DIALOGREIHE UNTER EINBEZIEHUNG VON RECHTS-POPULIST*INNEN IN EINER KIRCHENGEMEINDE

In einem Stadtteil engagieren sich Bewohner*innen unterschiedlicher weltanschaulicher Orientierung, sozialer Schichten und Altersgruppen im Rahmen einer Initiative für geflüchtete Menschen. Im gleichen Stadtviertel protestiert allerdings auch eine „XY wehrt sich“-Initiative gegen Zuwanderung und von ihnen so empfundene politische Missstände. Diese Gruppe organisiert sich insbesondere über Facebook und wird von einem über die Stadtgrenzen hinaus bekannten, aktiven und gewaltbereiten Rechtsextremen öffentlich vertreten. Christ*innen sehen sich in der Verantwortung, zur Befriedung der Situation beizutragen und den Dialog im Gemeinwesen zu befördern. Die Pfarrer der evangelischen und katholischen Gemeinden laden deshalb beide Initiativen zu einem öffentlichen Bürgerdialog in die Kirche ein. Die Initiative, die sich für geflüchtete Menschen einsetzt, lehnt freilich ihre Beteiligung für den Fall ab, dass gleichzeitig auch der rassistischen Gruppierung ein Podium geboten wird. Sie informiert die Pfarrer über deren einschlägig bekannte Protagonisten und schildert eigene Erfahrungen von Angriffen, Beleidigungen und Verunglimpfungen. Das hält die Pfarr- und Kirchengemeinderäte sowie die Pfarrer beider Kirchen jedoch nicht davon ab, die Veranstaltung unter Beteiligung der rassistischen Gruppe im Podium mit einem einseitig positionierten externen Impulsreferat durchzuführen. Die Initiative, die sich für geflüchtete Menschen engagiert, bleibt der Veranstaltung daher wie angekündigt fern. Dies kri-

tisiert später einer der beiden Pfarrer im Editorial des Gemeindebriefes seiner Kirchengemeinde mit den Worten: „Hat Christus je zu einem Menschen gesagt: Mit Dir rede ich nicht?“.

Tatsächlich hat Christus zwar mit allen das persönliche oder auch seelsorgerliche Gespräch gesucht. Sein Herz war offen – aber auch seine Haltung war klar. Er bot bei seinen öffentlichen Reden, wie beispielsweise der Bergpredigt, keinen Menschenfeinden ein Podium. Vielmehr bezog er persönlich klar Stellung für die Solidarität mit den Schwachen und Hilfesuchenden. Nicht so jener Pfarrer. Er stellt sich mit seiner Kritik an der Willkommensinitiative zwar selbst in Christi Nachfolge. Demokratiefeindlichen und menschenverachtenden Äußerungen aber widersprach bei jenem Dialogforum keiner der beiden anwesenden Pfarrer. Vielmehr folgten ohne kritische Auswertung weitere Veranstaltungen in der Kirche.

Derlei Dialogforen unter Einbeziehung klar menschenfeindlich agierender Personen im Podium bieten dank uneingeschränkter Öffentlichkeit eine optimale Plattform, um zum Beispiel die Ideologie der Volksgemeinschaft zu verbreiten, ebenso wie menschenfeindliche Meinungen und unbiblische, weil einschränkende und ausgrenzende Vorstellungen von Nächstenliebe. Sie wird in derlei Fällen völkisch interpretiert, also auf Menschen einer bestimmten Kultur oder Hautfarbe beschränkt und bietet zum Beispiel Hilfe nur für christliche Geflüchtete. Eine Gegenrede und Entkräftung solcher meist verein-

fachender Argumente gestaltet sich vor großem Auditorium in aller Regel schwierig. Eine sachliche Argumentation muss oft ins Detail gehen und überfordert viele Zuhörer; zudem konkurriert sie mit Unwahrheiten und Überzeichnungen, die nur mühselig zu entkräften sind. Ein Faktencheck wie in manchen Talkshows im Fernsehen ist selten möglich. Die Hemmschwelle, sich vor vielen Menschen in den argumentativen Dialog zu begeben, ist zudem sehr hoch. So bleiben Positionen, die dringend einer Gegenrede bedürften, meist ohne Widerspruch und vergiften das gesellschaftliche Klima.

Der selbst formulierte Anspruch solcher öffentlichen Veranstaltungen ist es in der Regel, in den Dialog mit einzelnen Teilnehmenden zu treten und dadurch etwas für den gesellschaftlichen Zusammenhalt und Frieden im kommunalen Raum zu bewirken. Diese Ziele wurden in den beschriebenen Fällen auf unterschiedliche Weise nicht erreicht: einmal fehlte es an Konsequenz in der Durchführung, zum anderen wurde rassistischen Akteuren ein Podium gegeben. Damit werden aber bestehende Gräben vertieft statt überwunden. Von rechter Gewalt betroffene Menschen fühlten sich ausgegrenzt und marginalisiert. Aus Gefühlen und diffusen Ängste werden durch ihre unwidersprochene Bekräftigung auf dem Podium scheinbar Fakten und Gewissheiten. Rassist*innen und Rechtspopulist*innen werden als ernstzunehmende Gesprächspartner*innen anerkannt. Die Wortmacht der menschenverachtenden Meinungen und die bedrohliche Präsenz rechter Gruppierungen sorgen dafür, dass Personen, die für

Menschenrechte und Demokratie einstecken, nicht an den Veranstaltungen teilnehmen oder aus begründeter Angst nicht das Wort ergreifen. Dies ist mit Blick auf die aktuelle Bedrohungslage für Personen, die für das Asylrecht einstecken, nur nachvollziehbar. Das unerwünschte Ergebnis solcher vermeintlicher Dialogforen ist aber, dass menschenfeindliche Meinungen immer mehr Raum erhalten. Unter dem Strich wird damit der gesellschaftliche Diskurs weiter in Richtung der rassistisch-völkisch geprägten "Neuen Rechten" verschoben.

RAHMENBEDINGUNGEN FÜR EINE GELINGENDE KOMMUNIKATION ÜBER DIE THEMEN FLUCHT UND ASYL

Gott gibt uns Christenmenschen eine klare Orientierung. Die von Paulus (vgl. Gal 3, 28) geforderte unbedingte Gleichwertigkeit der Menschen, ungeachtet ihrer ethnischen Zugehörigkeit, sozialen Schicht, Geschlechtsidentität und sexuellen Orientierung, verlangt eine klare Abgrenzung zu menschenverachtenden Haltungen und Äußerungen. Kirche ist deshalb nicht neutral. Ihre Haltung wurzelt in der Heiligen Schrift und beinhaltet ganz wesentlich eine Hinwendung zu den Schwachen und Marginalisierten.

Verlegen Sie deshalb ihre Kommunikation in Räume, die für gelebte Demokratie und Menschenrechte stehen. Die Situation der von Rassismus, Hass und Gewalt betroffenen Menschen rückt in solchen Räumen besonders in den Fokus. Diese Menschen müssen sich sicher und wert-

geschätzt fühlen können, ihnen gilt die gelebte christliche Nächstenliebe. Ihre Erfahrungen dürfen nicht durch einen Dialog mit Personen diskreditiert werden, die den Nährboden für Hass, Gewalt und Menschenfeindlichkeit bereiten oder die zu diesen Aussagen applaudieren. Da Sie menschenverachtenden Positionen und Ideologien kein Podium bieten wollen, überlegen Sie genau, welches Format für die von Ihnen angestrebten Ziele geeignet ist. Wenn Sie mehr als eine reine Informationsveranstaltung beabsichtigen, um einen Dialog zwischen unterschiedlichen Positionen zu ermöglichen, dann sind öffentliche Veranstaltungen über ihre Kerngemeinde hinaus nicht ratsam. Solche Formate mit öffentlicher Ausstrahlung stehen immer in der Gefahr, von neurechten Akteuren für ihre Propaganda missbraucht zu werden. Sollte ein größeres öffentliches Veranstaltungsformat, welches über die Kerngemeinde hinausreicht, aus Ihrer Sicht dennoch angebracht sein, nehmen sie sich Zeit für eine gute Vorbereitung und holen Sie sich externe Beratung.

Sachlicher Austausch ist im gemeindebezogenen Kontext innerhalb Ihrer Kerngemeinde besser möglich. Hierzu bieten sich kleinere, gut moderierte Gesprächskreise ohne breitere Öffentlichkeit an, wie sie die alltägliche Gruppenarbeit in ihrer Pfarr- oder Kirchengemeinde in großer Vielfalt bieten: Hauskreise, Jugend-, Frauen-, Ehepaar- oder Älterengruppen, Pfarrgemeinde- bzw. Gemeindegemeinderat, offene Abende, Predigtgespräche, Kirchen- und Posaunenchor. Tragen Sie politische Themen in diese Runden. Hier kennen Sie sich untereinander und haben eine bestehende Vertrauensbasis.

VORBEREITUNG

Viele Dialogveranstaltungen finden statt, um ins Gespräch zu kommen. Das ist sicher lobenswert, stellt aber für sich alleine noch kein Sinn stiftendes Ziel dar. Die erste Frage, über die Sie sich gemeinsam Gedanken machen, sollte also sein: Welches Ziel verfolgen wir mit der Veranstaltung? Mögliche Ziele könnten beispielsweise sein, Wissen zu den Themen Flucht und Asyl, zu gesetzlichen Grundlagen, Fluchtursachen und der Lebenssituation geflüchteter Menschen zu vermitteln, Mitstreiter*innen für die Flüchtlingshilfe zu gewinnen, Verunsicherte anzusprechen und/oder Perspektiven für das Zusammenleben alteingesessener und zugewanderter Menschen im Ort zu entwickeln.

Wenn Sie sich gemeinsam über das Ziel der Veranstaltung verständigen, werden Sie unweigerlich zu der Frage einer eigenen, an den Menschenrechten orientierten Haltung und den damit verbundenen Konsequenzen für Ihr Handeln kommen. Im Weiteren sollten Sie zu folgenden Fragen Verabredungen treffen:

- ▶ Wen möchten Sie erreichen (Zielgruppen)?
- ▶ Welche Hintergrundinformationen benötigen Sie?
- ▶ Wer kann Sie unterstützen (Mitveranstalter, Moderation etc.)?
- ▶ Wer berät Sie während der Vorbereitung?

Bedenken Sie, dass nicht immer eine öffentliche Veranstaltung das richtige Format für Ihr Gesprächsanliegen sein muss. Manchmal

sind die klassischen gemeindebezogenen Formate und ihre Gruppen besser geeignet, um unterschiedliche Meinungen einzubinden und auch Menschen zu erreichen, die in öffentlichen Veranstaltungen gehemmter sind.

Seien Sie sich dessen bewusst, dass ein gelingender Dialog über die komplexen Problemlagen unserer Zeit und insbesondere die Themen Asyl, Migration, Flucht und deren Gründe mehrere Voraussetzungen hat, zu denen vor allem Sachlichkeit, Kenntnisse und Langfristigkeit gehören. Probleme, die über einen langen Zeitraum entstanden sind, können nicht über Nacht ausgeräumt und in nur einer oder einigen wenigen Veranstaltungen sinnvoll besprochen werden. Es hilft, darauf zu vertrauen, dass die praktische Gemeindegarbeit ein fortwährender Dialogprozess ist, und dafür zu sorgen, dass dafür viele Räume zur Verfügung stehen. Legen Sie besonderes Augenmerk auf den seelsorgerlichen Kontext in Einzelgesprächen (Tauf- und Traugespräche, Beichte, etc.). Ganz entscheidend ist es, gesellschaftlich marginalisierte Gruppen einzubeziehen, zum Beispiel geflüchtete Menschen, andere Migrant*innen, nichtrechte Jugendliche, Betroffene neo-nazistischer oder rassistischer Gewalt. Die Erfahrungen geflüchteter Menschen und anderer, die von Rassismus oder weiteren Formen menschenverachtender Diskriminierung betroffen sind, müssen in der öffentlichen Wahrnehmung Raum bekommen, um sichtbar zu werden. Dazu ist es entscheidend, mit den betroffenen Personen selbst und mit Unterstützung von Beratungsstellen Formate zu entwickeln,

die der Situation dieser Menschen Rechnung tragen und für sie weder zu unangenehmen noch zu verletzenden oder gar traumatischen Erlebnissen führen, indem sie zum Beispiel neuen verbalen oder körperlichen Angriffen ausgesetzt werden. Generell ist die Frage nach Dialogformen zu beantworten, in denen auf Augenhöhe diskutiert werden kann und der Austausch weitestgehend gewaltfrei bleibt.

Wenn Sie sich für ein Format entschieden haben, das aus ihrer Sicht zur Umsetzung der Ziele und zum Erreichen der Zielgruppe geeignet ist und ihren Möglichkeiten und Ressourcen am besten entspricht, erstellen sie ein Sicherheitskonzept. Oft haben Veranstalter*innen nicht im Blick, dass sie andere Menschen ausschließen, wenn sie Neonazis zulassen. Mit der Veröffentlichung der Antidiskriminierungsregel⁵² auf Flyern und Homepages kommunizieren Sie ihre Haltung dazu öffentlich und schützen sich und andere vor rassistischen Anfeindungen. Dies ist für die Durchsetzung des Hausrechtes bei öffentlichen Veranstaltungen empfehlenswert.

⁵² Vgl. Teilnahmevorbehalt in Fußnote Nr. 50 auf Seite 25 dieser Handreichung.

DURCHFÜHRUNG

Eine gute Moderation und ein miteinander vertrautes Organisationsteam, das klare Regeln vereinbart hat, sind das A und O einer Veranstaltung. Je intimer die Gesprächssituationen sind, die sie in der

Veranstaltung ermöglichen, umso intensiver und gleichzeitig sachlicher wird die Kleingruppendiskussion sein. Arbeiten Sie ruhig mit Thementischen von bis zu zehn Personen und sorgen Sie auch in diesen kleinen Runden für vorbereitete Moderation. Bewährt haben sich Gesprächsregeln an den Tischen, wie:

- ▶ Ich rufe nicht dazwischen.
- ▶ Ich lasse andere ausreden.
- ▶ Ich fasse mich kurz.
- ▶ Ich bleibe sachlich und respektvoll.
- ▶ Ich beleidige nicht.

Diese Regeln liegen für alle sichtbar aus und werden vor Gesprächsbeginn noch einmal eingebracht. Offene Fragen werden von der / dem Moderator*in notiert. Im Anschluss wird beraten, wie mit diesen umgegangen wird. In einer Folgeveranstaltung kann dann die Diskussion mit weiteren Argumenten und Fakten sachlich unterfüttert werden. Sie können beispielsweise Expert*innen einladen, Geflüchtete selbst an Thementischen und im Plenum zu Wort kommen lassen oder (kommunal-)politisch Verantwortliche befragen.

Denkbar ist auch die Kombination zwischen einem Fachvortrag mit Expert*innen und einer Diskussionsrunde zu den Themen des Referats. So wird ein Thema inhaltlich gerahmt, und Fragen können durch Expert*innen beantwortet werden.

Wollen Sie sich intensiver – etwa in einer vertrauten Gruppe – mit politischen Themen beschäftigen, ist auch die Arbeit mit so genannten Bibliodramen oder moderierten Planspielen vorstellbar. Dabei ist es jedoch stets empfehlenswert, auf ausgebildete Trainer*innen zurückzugreifen und die Gruppengröße zu beschränken.

FALLBEISPIEL

Unter dem Motto “Miteinander reden” lud eine Kirchengemeinde zu einer Dialogveranstaltung ein. Fünfzig Teilnehmende (TN) aus der Kerngemeinde und darüber hinaus mit einer Bandbreite von in Willkommensbündnissen engagierten Personen bis hin zu Unterstützer*innen von Pegida-Positionen nahmen an dieser Veranstaltung teil. Der große Zuspruch war auch ein Hinweis auf die Brisanz des Themas.

Nach einer kurzen Begrüßung und Einführung wurden die TN gebeten, sich in Zweiergesprächen einen ihnen völlig unbekanntem Gesprächspartner zu suchen. In diesen Kleinstdialogen sollten sich die Teilnehmenden mitteilen, was sie sich bezüglich des Themas und des Abends wünschen. Jede/r TN hatte 5 Minuten Zeit, seine Bedürfnisse zu äußern. Anschließend ging es in größere Gruppen. An moderierten Thementischen mit bis zu acht TN wurde die Frage diskutiert:

„**Mein Freund geht (nicht) zu Pegida. Können wir noch Freunde sein?**“

- ▶ Wo begegnet mir das Thema? Wie erlebe ich das?
- ▶ Was wünsche ich mir für das Zusammenleben in meinem Umfeld?

Die Moderation wurde aus dem Vorbereitungsteam gestellt und achtete auf die Einhaltung der Gesprächsregeln und die gleichmäßige Verteilung der Redebeiträge. Sie war außerdem dafür verantwortlich, Erkenntnisse oder Thesen zusammenzutragen, die anschließend im gesamten Plenum vorgestellt und weiter diskutiert wurden. Versuche, in den Gruppengesprächen die Agenda zu ändern oder Scheindiskussionen zu beginnen, konnten angesichts der Gruppengröße durch die Moderation sehr gut bearbeitet werden.

In der Plenumsdiskussion wurden Wünsche an politische Verantwortliche und nach besserer Information geäußert. Auch Wünsche aneinander, bezüglich einer Gesprächskultur und des Interesses füreinander, waren Ergebnisse des Abends. Das Organisationsteam schätzte ein: „Die gewählte Struktur hat Transparenz und Vertrauen geschaffen und den Dialog gefördert. Das Konzept ist aufgegangen, ... ein Folgetermin steht fest.“

Das beschriebene Beispiel zeigt ein mögliches Veranstaltungsformat mit vielen kleineren Dialogelementen. Wichtig ist eine gute Moderation an jedem Tisch, die ermöglicht, miteinander ins Gespräch zu kommen. Einzelpositionen können am Tisch besprochen werden. Wortergreifungsstrategien bleiben auf den kleinen Rahmen des Tisches beschränkt und können nicht einen Großteil des Publikums erreichen. Dies ist insbesondere bei menschenfeindlichen Inhalten wichtig. Die Moderation kann hier direkt am Tisch einschreiten.

WIE WEITER? – FOLGEVERANSTALTUNGEN

Die von Ihnen geplante und durchgeführte Veranstaltung sollte mit den aktiv Beteiligten gut ausgewertet werden. Haben Sie ihre Zielstellung und die Zielgruppe(n) erreicht? Wie schätzen sie die Atmosphäre ein? Wurde die Perspektive Betroffener berücksichtigt? Sollten sie in Auswertung dieser Veranstaltung auch weiterhin nach außen treten wollen, sei es durch Veranstaltungen oder öffentliche Positionierungen zu Dialogforen oder anlässlich rassistischer Mobilisierungen, dann ist es spätestens jetzt notwendig, dies mit einem Konzept zu tun. Für die Erarbeitung können folgende Leitfragen eine Hilfeleistung sein:

- ▶ Wie wird die eigene (menschenrechtsorientierte) (christliche) Position / Haltung definiert?
- ▶ Was heißt das für das eigene Handeln?
- ▶ Was heißt das für die Arbeit innerhalb der Gemeinde?
- ▶ Was heißt das für öffentliche Veranstaltungen?
- ▶ Was heißt das für die Rolle von Kirche im Gemeinwesen?
- ▶ Welchen Themen wollen Sie sich langfristig widmen?

Bei all den Überlegungen sollten Sie Ihre Zielsetzung und die Perspektiven geflüchteter Menschen und Betroffener neonazistischer Gewalt im Blick behalten. Dabei geht es nicht um „Heilung“ der Gesellschaft, sondern um die Entwicklung von Perspektiven für ein friedliches Zusammenleben im Ort.

LITERATUREMPFEHLUNGEN

- ▶ Amadeu Antonio Stiftung (2016): Hetze gegen Flüchtlinge in sozialen Medien. Handlungsempfehlung; Im Internet unter: <https://www.amadeu-antonio-stiftung.de/w/files/pdfs/hetze-internet.pdf>
- ▶ Amadeu Antonio Stiftung (2016): Das Bild des übergriffigen Fremden. Warum ist es ein Mythos?; Im Internet unter: <http://www.amadeu-antonio-stiftung.de/w/files/pdfs/fachstelle/broschuere-mythos-web.pdf>
- ▶ BDJ-Hauptversammlung (23. April 2016): Beschluss „Wir widersprechen – weil wir glauben!“; Im Internet unter: <http://www.bdkj.de/aktuelles/artikel/hauptversammlung-wir-widersprechen/>
- ▶ Bundesarbeitsgemeinschaft Kirche und Rechtsextremismus; Evangelische Akademie zu Berlin; Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus Berlin (2014): Was tun, damit's nicht brennt? Leitfaden zur Vermeidung von rassistisch aufgeladenen Konflikten im Umfeld von Sammelunterkünften für Flüchtlinge; Im Internet unter: http://www.bagkr.de/wp-content/uploads/wastun_webversion_neu.pdf
- ▶ Bündnis „Ausnahmslos“ (2016): Aufruf „Gegen sexualisierte Gewalt und Rassismus. Immer. Überall. #ausnahmslos“; Im Internet unter: <http://ausnahmslos.org/>
- ▶ Kemper, Andreas (2016): „... Die neurotische Phase überwinden, in der wir uns seit siebzig Jahren befinden“ Zur Differenz von Konservatismus und Faschismus am Beispiel der historischen Mission Björn Höckes
- ▶ Konrad-Adenauer-Stiftung (2015): Monitor Religion und Politik: Unheilige Allianzen – Radikalisierungstendenzen am rechten Rand der Kirchen. Berlin 2015
- ▶ Miteinander e.V. (2012): „Streiten mit Neonazis“ Zum Umgang mit öffentlichen Auftritten der extremen Rechten; Im Internet unter: <http://www.miteinander-ev.de/index.php?page=73&modaction=detail&modid=473>
- ▶ Miteinander e.V. (2016): Die AfD vor den Landtagswahlen, Themenheft Impulse für eine lebendige Demokratie Nr. 2/2016

- ▶ Ökumenische Arbeitsgemeinschaft Kirche für Demokratie und Menschenrechte (2016): Nächstenliebe leben. Klarheit zeigen. Handreichung für Gemeinden zum Umgang mit Rechtsradikalität und Fremdenfeindlichkeit
- ▶ Strube, Sonja Angelika (12. Dezember 2015): Religiös und rechtsextrem? Beobachtungen zu unerwarteten Anschlussmöglichkeiten, Essay im Internetblog „feinschwarz“; Im Internet unter: <http://www.feinschwarz.net/religioes-und-rechtsextrem-2/>
- ▶ Verein für Demokratische Kultur in Berlin e.V. (2013): „Keine Bühne für Rassismus – Flüchtlinge willkommen heißen“ Empfehlungen zur Durchführung von öffentlichen Informationsveranstaltungen in geschlossenen Räumen anlässlich der Einrichtung einer Flüchtlingsunterkunft: http://www.mbr-berlin.de/wp-content/uploads/2013/12/mbr_faltblatt-2013-web1.pdf

FÜR BERATUNG UND BEGLEITUNG EMPFOHLENE INSTITUTIONEN

Wir empfehlen Ihnen ausdrücklich, sich an nachfolgende Institutionen in ihrer Region für Beratung und ggf. Begleitung zu wenden:

BUNDESVERBAND MOBILE BERATUNG

BUNDESGESCHÄFTSSTELLE

Bautzner Str. 45, 01099 Dresden

0351/500 54 16

Mail: kontakt@bundesverband-mobile-beratung.de

www.bundesverband-mobile-beratung.de

Sämtliche Mobilen Beratungsteams sind nach Bundesländern sortiert auf der Homepage des Bundesverbandes Mobile Beratung zu finden unter: <http://www.bundesverband-mobile-beratung.de/angebote/vor-ort/#1448976976501-5ce7867b-a1cc>

REGIONALBÜRO BERLIN

(zuständig für Bayern, Berlin, Hamburg, Thüringen)

Bianca Klose und Anne Benzing

Gleimstr. 31, 10437 Berlin

030/817 98 58-0

Mail: benzing@bundesverband-mobile-beratung.de

REGIONALBÜRO DRESDEN

(zuständig für Brandenburg, Hessen, Sachsen, Schleswig-Holstein)

Grit Hanneforth

Bautzner Str. 45, 01099 Dresden

0351/500 54 16

Mail: hanneforth@bundesverband-mobile-beratung.de

REGIONALBÜRO HALLE/SAALE

(zuständig für Baden-Württemberg, Bremen,

Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen-Anhalt)

Anne Mehrer

Platanenstr. 9, 06114 Halle (Saale)

0345/523 72 14

Mail: barthel@bundesverband-mobile-beratung.de

REGIONALBÜRO MÜNSTER

(zuständig für Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen,

Rheinland-Pfalz, Saarland)

Heiko Klare

Kaiser-Wilhelm-Ring 28, 48145 Münster

02 51/492-71 09

Mail: klare@bundesverband-mobile-beratung.de

WEITERE EMPFOHLENE EINRICHTUNGEN MIT BERATUNGSKOMPETENZ:
BUND DER DEUTSCHEN KATHOLISCHEN JUGEND DIÖZESANVERBAND MAINZ

Referat Politische Bildung

Am Fort Gonsenheim 54, 55122 Mainz

Tel.: 06131 / 253 614

mail: andreas.belz@bistum-mainz.de

www.bdkj-mainz.de

DIAKONIE DEUTSCHLAND - EVANGELISCHER BUNDESVERBAND

Projekt Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus

Caroline-Michaelis-Straße 1, 10115 Berlin

Tel.: 030 / 65211-1777

Mail: henning.flad@diakonie.de

www.diakonie.de

PROJEKT „KIRCHE STÄRKT DEMOKRATIE“

(c/o Hauptbereich Aus- und Fortbildung der Ev.-Luth. Landeskirche
Norddeutschlands)

Bischofstr.4, 19055 Schwerin

Tel.: 0385 590 38-114

Mail: karl-georg.ohse@teo.nordkirche.de|

www.teo-kist.de

PROJEKTSTELLE GEGEN RECHTSEXTREMISMUS

(c/o Evang. Bildungs- und Tagungszentrum Bad Alexandersbad)

Markgrafenstr. 34, 95680 Bad Alexandersbad

Tel. 09232-9939-23

mail: becher@ebz-alexandersbad.de

www.bayerisches-buendnis-fuer-toleranz.de

**VERBAND DER BERATUNGSSTELLEN FÜR BETROFFENE RECHTER,
RASSISTISCHER UND ANTISEMITISCHER GEWALT**

BUNDESGESCHÄFTSSTELLE

Oranienstraße 159, 10969 Berlin

Tel : 030 55 57 43 71

Mail: info@verband-brg.de; www.verband-brg.de

KONTAKT BAYERN:

B.U.D. – Beratung. Unterstützung. Dokumentation.

Theresienstr. 9, 90762 Fürth

Tel.: 0151 / 216 53 187

E-Mail: info@bud-bayern.de; www.bud-bayern.de

KONTAKT BERLIN:

ReachOut Berlin – Opferberatung und Bildung gegen Rechts-
extremismus, Rassismus und Antisemitismus

Oranienstraße 159, 10969 Berlin

Tel.: 030 695 683 39

Mail: info@reachoutberlin.de

www.reachoutberlin.de

KONTAKT BRANDENBURG:

Opferperspektive e.V.

Rudolf-Breitscheid-Straße 164, 14482 Potsdam

Tel.: 0331 817 00 00

Mail: info@opferperspektive.de; www.opferperspektive.de

KONTAKT HAMBURG:

Beratung für Betroffene rechter, rassistischer und
antisemitischer Gewalt

c/o Arbeit und Leben DGB/VHS Hamburg e.V.
Besenbinderhof 60, 20097 Hamburg
Tel.: 040 284 016 67

Mail: empower@hamburg.arbeitundleben.de
www.hamburg.arbeitundleben.de/empower

KONTAKT HESSEN:

response. Beratung für Betroffene von rechter und rassistischer Gewalt (c/o Bildungsstätte Anne Frank)
Hansaallee 150, 60320 Frankfurt am Main
Tel.: 069 56 000 241

Mail: kontakt@response-hessen.de
www.response-hessen.de

KONTAKT MECKLENBURG-VORPOMMERN:

LOBBI Information für Betroffene rechter Gewalt in Mecklenburg-Vorpommern, Regionalbüro Ost
Tilly-Schanzen-Straße 2, 17034 Neubrandenburg
Tel.: 0395 455 0718

Mail: ost@lobbi-mv.de; www.lobbi-mv.de

KONTAKT NRW:

Opferberatung Rheinland (c/o IDA-NRW)
Volmerswerther Straße 20, 40221 Düsseldorf
Tel.: 0211 15 92 55 64

Mail: info@opferberatung-rheinland.de
www.opferberatung-rheinland.de

KONTAKT SACHSEN:

Beratung für Betroffene rechter & rassistischer Gewalt (c/o RAA Sachsen), Beratungsstelle Dresden
Bautzner Straße 45, 01099 Dresden
Tel.: 0351 889 41 74

Mail: opferberatung.dresden@raa-sachsen.de
www.raa-sachsen.de

KONTAKT SACHSEN-ANHALT:

Mobile Beratung für Opfer rechter Gewalt des Miteinander e.V., Anlaufstelle Süd
Platanenstraße 9, 06114 Halle
Tel.: 0345 226 7100

Mail: opferberatung.sued@miteinander-ev.de
www.mobile-opferberatung.de

KONTAKT SCHLESWIG-HOLSTEIN:

ZEBRA – Zentrum für Betroffene rechter Angriffe e.V.
Postfach 4508, 24044 Kiel
Tel.: 0431 301 40 379

Mail: info@zebraev.de; www.zebraev.de

KONTAKT THÜRINGEN:

ezra – Mobile Beratung für Opfer rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt

Juri-Gagarin-Ring 96/98, 99084 Erfurt
Tel: 0361/218 651 33

Mail: info@ezra.de; www.ezra.de

HERAUSGEBER*INNEN:

Bundesarbeitsgemeinschaft Kirche & Rechtsextremismus (BAG K+R), Bund der Deutschen Katholischen Jugend (BDKJ), Bund der Deutschen Katholischen Jugend (BDKJ) – Diözesanverband Mainz, Evangelische Akademie zu Berlin, Aktion Sühnezeichen Friedensdienste, Projekt „Kirche stärkt Demokratie“ der der EKN, Projektstelle gegen Rechtsextremismus im Evangelischen Bildungs- und Tagungszentrum Bad Alexandersbad



Aktion Sühnezeichen
Friedensdienste



REDAKTIONSTEAM:

Andreas Belz, Friedemann Bringt, Henning Flad, Karl Georg Ohse, Dr. Petra Schickert, Dr. Christian Staffa

URHEBERRECHTLICHE HINWEISE © COPYRIGHT 2016

Alle Rechte vorbehalten. Diese Publikation wird für nicht-kommerzielle Zwecke kostenlos zur Verfügung gestellt. Die Autor*innen behalten sich das Urheberrecht vor. Eine Weitergabe oder Vervielfältigung, auch in Teilen, ist nur nach ausdrücklicher schriftlicher Zustimmung der Herausgeber*innen gestattet. Darüber hinaus muss die Quelle korrekt angegeben und ein Belegexemplar an die Herausgeber*innen geschickt werden.

HAFTUNGSAUSSCHLUSS

Die Hinweise in dieser Broschüre wurden nach bestem Wissen und Gewissen formuliert. Diese Handreichung ersetzt keine individuelle (juristische) Beratung. Für die Richtigkeit, Vollständigkeit und Aktualität der Informationen übernehmen die Herausgeber*innen keine Gewähr.

IMPRESSUM: V.i.S.d.P.: Dr. Christian Staffa, Sprecher*innenrat der BAG K+R, c/o Aktion Sühnezeichen Friedensdienste e.V., Auguststraße 80, 10117 Berlin. www.bagkr.de. Die BAG K+R ist ein Projekt von Aktion Sühnezeichen Friedensdienste e.V. und wird gefördert im Rahmen des Bundesprogramms »Demokratie leben!« des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend.

Gefördert vom



Bundesministerium
für Familie, Senioren, Frauen
und Jugend

im Rahmen des Bundesprogramms

Demokratie **leben!**